

0248

An den

Vorsitzenden des Ausschusses für
Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit

über

den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über Senatskanzlei – G Sen –

**4. Sitzung des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit-
vom 20. Februar 2012**

Der ITDat hat in seiner oben bezeichneten Sitzung zum Tagesordnungspunkt 2 die sich aus der Anlage ergebenden Berichtsaufträge beschlossen.

Hierzu wird berichtet:

- siehe nachfolgende Sammelvorlage, Seiten 2 bis 106 -

Die Berichtsaufträge bitte ich mit dieser Sammelvorlage als erledigt anzusehen.
Fehlende Ist-Zahlen konnten teilweise bis zur Fertigstellung des Dokuments nicht ermittelt werden.

In Vertretung

Andreas Statzkowski

Staatssekretär
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Inhalt:

Allgemeiner Teil	11
1 Antrag der Fraktionen der SPD und CDU	11
Frage 1a Was gehört zu den Kosten der verfahrensunabhängigen luK	11
Frage 1b Weiterführende Erläuterungen zu „Fremdleistung“ zu 1.440 € und zu „Eigenleistung“ für 750 €.	12
Frage 1c Generelle Aussagen zu Verbrauch, was wäre viel oder wenig im Verbrauch/Unterhalt (eine kurze Vergleichsdarstellung/Vergleich zur Privatwirtschaft?)	12
Allgemeiner Teil - Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	13
1 Ausgaben Verwaltungsreform	13
540 01 Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform	13
Frage 1 Warum wurden die sächlichen Ausgaben für die Verwaltungsreform (Zentral zu finanzierende innovative Projekte der Verwaltungsentwicklung, jetzt 0500/54001) in 2010 nur zur Hälfte ausgeschöpft? Wie wurde der Topf in 2011 ausgeschöpft?	13
2 Service Stadt Berlin	13
540 01 Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform	13
Frage 2 Welche laufenden Projekte aus diesem Titel werden im Rahmen von Service Stadt Berlin in 2012 weitergeführt und welche werden ab 2012 bzw. 2013 neu hinzutreten? Bitte um Auflistung der Projekte in der gewohnten Qualität, also mindestens Bezeichnung/Gegenstand mit Zielen und Finanzbedarf, wo schon vorhanden mit Projektstamblatt.	13
3 Innovationsfonds Bürger- und Ordnungsdienste	14
Frage 3 Inwieweit und wofür wurden die Innovationsfonds Bürgerdienste und Ordnungsdienste (0500/54050) in 2011 ausgeschöpft? Welche Projekte sind für Innovationsfonds in 2012 und 2013 bereits angemeldet?	14
4 luK Gesamtbudget Kapitelsummen	15
Frage 4 Wie hat sich das luK-Gesamtbudget entwickelt (Bitte Ist 2010/Ist 2011/Ansatz2012/Ansatz2013 summiert und Kapitelsumme)	15
5 luK Gesamtbudget IST	15
Frage 5: Wie hat sich das Gesamtbudget der verfahrensunabhängigen IT im „Ist“ über 2010/11 entwickelt im Verhältnis zu den Ansätzen 2012/13 (in absoluten Zahlen und prozentualen Veränderungen unter Zugrundelegung der Anzahl der IT-Arbeitsplätze in den jeweiligen Haushaltsjahren)?	15
6 Produktkostenunterschiede zur Betreuung eines IT-Endgerätes	16
Frage 6:	16
a) Wie bewertet der Senat die großen Produktkostenunterschiede bei der Betreuung eines IT-Endgerätes in der Berliner Verwaltung, insbesondere zwischen den Senatsverwaltungen und zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken (Was kostet wo wie viel? 2010, S.55 ff.)? b) Wie erklärt sich der Senat, dass alle Senatsverwaltungen über dem Median von Bezirken und Hauptverwaltungen liegen? c) Wie rechtfertigt er die hohen Kosten in den Senatsverwaltungen, insbesondere in der Senatskanzlei, und was hat der Senat unternommen, um diese Kosten auf Senatsebene zu senken? d) Wie sind die Senatsverwaltungen mit der Absenkung der Veranschlagungswerte auf 750 € bei Eigenleistung bzw. 1440 € bei Fremdleistung umgegangen? Welche Vorteile haben sie bei Unterschreitung, welche Nachteile bei Überschreitung der Veranschlagungswerte? Welche Vorteile werden den Bezirken aus diesem Kostenvergleich erwachsen?	16
7 Personalabbau bei Fremdleistung	17
Frage 7 Haben die Verwaltungen, die verfahrensunabhängigen IT und Serverhosting als Fremdleistung einkaufen, entsprechend Personal in den IT-Stellen abgebaut? Wird dies erhoben und gibt es dazu ein (ressortübergreifendes) Controlling?	17
8 Preisspanne PC-Beschaffung	18
Frage 8 Wie erklärt sich die große Spannweite für Beschaffungskosten für einfache PC (zwischen 400 und 1000 Euro?) in den verschiedenen Verwaltungen?	18
9 IT-strategische Ziele	19
Frage 9 Wie bewertet der Senat die Umsetzung der IT-strategischen Ziele:	19
- Reduzierung von Druckern (papierlosere workflows, elektronische Signatur)	19
- Reduzierung des Energieverbrauchs von Servern und IT-Arbeitsplätzen?	19
- Reduzierung der IT-Fachverfahren	19
- Virtualisierung von Servern, Optimierung des Server-Client-Verhältnisses	19
- Schaffung von web-basierte Lösungen	19
- Offene Standards bei Beschaffung von Software und der Erstellung von eigenen IT-Lösungen	19
10 DMS Standards	20
Frage 10 Wie weit ist der Senat gemeinsam mit den Bezirken mit der Entwicklung einheitlicher, verbindlicher DMS-Standards (entsprechend dem Auflagenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011)? Welche Kriterien kann der Senat benennen, damit das Abgeordnetenhaus dem Auflagenbeschluss, nur Mittel für DMS-Entwicklungen bereitzustellen, die diesen Standards entsprechen, nachkommen kann?	20
11 IT-Sicherheitskonzept	21
Frage 11 Welche Verwaltungen verfügen über ein mit der jeweiligen Leitung abgestimmtes IT-Sicherheitskonzept?	21

12	Controlling MG 31 und MG 32.....	22
Frage 12	Wie wird die Zuordnung zu den Maßnahmegruppen 31 und 32 kontrolliert?	22
13	Vertragsmanagement MG 31 und MG 32	23
Frage 13	Inwieweit wirkt sich das standardisierte Vertragscontrolling positiv auf Verträge und Vertragscontrolling für Maßnahmen der MG 31 und 32 aus?	23
14	Veranschlagung anderer IuK-Ausgaben	23
Frage 14	Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Veranschlagungswerte auch für andere IuK-Kosten (z.B. verfahrensabhängige IT-Infrastruktur, Telefonie) einzuführen?	23
15	Kapitelsummen IuK Titel	24
Frage 15	Bitte eine Übersicht der Kapitelsummen für IuK-Titel aller Einzelpläne 2012/2013 erstellen, die die Ansätze 2012 und 2013 sowie den Ansatz 2011 und IST 2011 enthält.	24
Allgemeiner Teil – Anträge der Piratenfraktion		24
Frage 1	Inwieweit plant der Senat die Handlungsempfehlungen der Berliner Open-Data-Strategie umzusetzen?	24
	Welche Kosten werden dadurch erwartet und inwieweit sind diese im Haushalt eingeplant?	24
2	Überschuss ITDZ	25
121 26	Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts	25
Frage 2	Wie viel Überschuss hat das ITDZ 2011 erwirtschaftet, wohin fließt dieser Überschuss?	25
3	Einnahmen aus Verwertungsrechten	25
Frage 3:	Welche Einnahmen hat das Land Berlin aus Verwertungsrechten, wo sind diese im Haushaltsplan im Einzelnen veranschlagt?	25
4	W-LAN	26
Frage 4	Sind im Haushaltsplan Mittel für die Einrichtung eines freien W-LAN's in Berlin vorgesehen und wenn ja, wo?	26
5	Datenfernübertragung	26
51170	Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IuK-Technik	26
Frage 5	Dieser IuK Titel ist im gesamten Plan der einzige mit der genauen Bezeichnung des Leistungsmerkmals (SDSL) – welche Ausstattungen weisen alle anderen DSL-Leitungen, die im Haushaltsplan aufgeführt sind, auf? Für die in diesem Titel benannten 1 Gbit/s-Leitungen: Wie hoch ist die durchschnittliche Auslastung, wie hoch ist die Peakauslastung?	26
6	Veranschlagung anderer IuK-Ausgaben	27
Frage 6	Im Haushaltsplan finden sich Austausche von PC-Arbeitsplätzen – was passiert mit den alten Geräten? Wie alt sind diese durchschnittlich und welche durchschnittliche Ausstattung besitzen diese?	27
7	elektorisches Hinweisgebersystem zur Korruptionsbekämpfung	27
Frage 7		27
03 00	Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IuK Senatskanzlei	28
	Ohne Titel	28
Frage		28
	Bericht auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	28
	Wie erklären sich die höchst unterschiedlichen Ausgaben für Dienstleistungen für das SIDOK-Fachverfahren beim Ist 2010 und den Ansätzen 2011/12/13? Wie war der Ist-Stand 2011?	28
03 00	Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei -	29
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	29
	Bericht auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Was heißt Modernisierung des IT-Systems der Senatskanzlei für 156.000 Euro? Wird diese Modernisierung unter Fremdleistung oder als Eigenleistung erbracht? Wird durch diese Erneuerung eine mittelfristige Senkung der laufenden Kosten erzielt?	29
05 00	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich -	30
540 01	Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform	30
	Bericht auf Antrag der Fraktion Die Linke: Bislang bei 0501, Titel 54001 gebucht und im Ausschuss VerwRefKIT beraten. Es wäre sinnvoll, diesen Titel nicht nur im Innenausschuss sondern auch im Ausschuss ITDat zu beraten! Welche Projekte sollen aus diesem Titel finanziert werden? Für die Beratung des Doppelhaushalts 2010/11 lag eine vom Staatssekretärsausschuss verabschiedete Projektliste vor! Bitte Projektliste für 2012/2013 vorlegen.	30
05 00	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service-	31
	Maßnahmegruppe 31	31
	Bündnis 90/Die Grünen:	31
	Warum liegen die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT so weit über dem Veranschlagungswert?	31

05 00	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	32
812 60	Bundesweite Einführung von Digitalfunk	32
	SPD und der CDU:	32
	a) Ist mit der Umrüstung der Fahrzeuge und Leitstellen mit Mehrkosten zu rechnen?	32
	b) Müssen Endgeräte turnusmäßig ersetzt werden?	32
	c) Wann ist die Feinjustierung im Netz für die geplante Funkversorgung fertig gestellt und sind dabei Mehrkosten zu erwarten?	32
	Die Linke:	32
	Aktueller Stand des Projektes und des Finanzbudgets?	32
05 11	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Olympiapark -	33
	Maßnahmegruppe 31	33
	Bündnis 90/Die Grünen:	33
	Warum liegen die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT so weit über dem Veranschlagungswert?	33
05 11	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Olympiapark -	34
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	34
	SPD und CDU:	34
	Hier nur als Beispiel für die Fragen Dienstleistungen: 69.600 € für Dienstleistungen bei 16 Computern bedeutet 4.350 € pro Rechner/Jahr? Bitte um Erläuterung als Beispiel für die Kosten pro Computerarbeitsplatz und Verbrauch im Jahr.	34
05 12	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Olympiapark und Sportforum -	35
	Maßnahmegruppe 31	35
	Bündnis 90/Die Grünen:	35
	Warum liegen die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT so weit über dem Veranschlagungswert?	35
05 20	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -	36
81289	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	36
	Bündnis 90/Die Grünen:	36
	Passt die dezentrale Ersatzbeschaffung von Servern zur Serverstrategie des Landes Berlin?	36
05 20	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -	37
54085	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	37
	Bündnis 90/Die Grünen:	37
	Wie sind die Kostensteigerungen von AMANDA, G 10 zu begründen; welche allgemeinen Dienstleistungen sind unter Punkt 6. gemeint?	37
05 31 – 05 53	Der Polizeipräsident in Berlin - Behördenleitung und Stab, Direktionen, Landeskriminalamt und Zentraler Service -	38
	Maßnahmegruppe 31	38
	Bündnis 90/Die Grünen:	38
	a) Warum wurden die Kosten für die verfahrensunabhängige IT vor allem bei 0553 – Zentraler Service – etatisiert?	38
	b) Nach welchem Prinzip wurde die Verteilung auf die verschiedenen Kapitel vorgenommen? c) Wurde der Veranschlagungswert insgesamt eingehalten?	38
05 43	Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -	39
813 72	Technischer Aufbau einer integrierten Leitstelle LKA	39
	Bündnis 90/Die Grünen:	39
	Welche Einsparungen sind an anderer Stelle durch den Aufbau der integrierten Leitstelle an anderer Stelle zu erwarten?	39
05 43	Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -	40
813 85	Telekommunikationsüberwachung	40
	Bündnis 90/Die Grünen:	40
	Warum lag das Ist 2011 bei 777.243€?	40
05 43	Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -	41
813 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	41
	Bündnis 90/Die Grünen:	41

a) Wo waren die Ausgaben dieses Titels vorher etatisiert?.....	41
b) Wie hoch waren die Ist-Zahlen?	41
c) Wieso werden 40 Notebooks des LKA 6 unter verfahrensabhängiger IT gelistet?	41
05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	42
540 60 Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	42
Bündnis 90/Die Grünen:.....	42
Warum wird in der Begründung eine Senkung der Ausgaben begründet, obwohl die Ausgaben deutlich steigen?	42
05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	43
540 85 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	43
Bündnis 90/Die Grünen:.....	43
a) Welche Speziellen Maßnahmen aufgrund der Einführung des Digitalfunks benötigen jährlich 300.000 Euro?	43
b) Warum war das Ist in 2010 so gering, obwohl der Digitalfunk bereits eingeführt war?	43
c) Wie hoch war das Ist für 6. in 2011?.....	43
05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	44
813 67 Server verfahrensabhängig	44
Bündnis 90/Die Grünen:.....	44
Wie passt die Erneuerung des Rechenzentrums zur Serverstrategie des Landes Berlin?	44
05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	45
81371 Erstreckung Personal- und Zeitmanagement (PuZMan)	45
Bündnis 90/Die Grünen:.....	45
Wie verträgt sich PuZMaN mit dem Projekt zur Einführung eines elektronischen Dienstausweises im LABO?	45
05 59 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin.....	46
Maßnahmegruppe 31	46
Bündnis 90/Die Grünen:.....	46
Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rund 13.000 Euro über dem Veranschlagungswert?	46
05 65 Berliner Feuerwehr - Service -	47
Maßnahmegruppe 31	47
Bündnis 90/Die Grünen:.....	47
Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rund 50.000 Euro (2012) bzw. 250.000 (2013) über dem Veranschlagungswert?	47
05 65 Berliner Feuerwehr - Service -	48
812 89 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	48
Bündnis 90/Die Grünen:.....	48
Wozu wurden hier in 2011 knapp 700.000 Euro ausgegeben?	48
05 65 Berliner Feuerwehr - Service -	49
540 85 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	49
Bündnis 90/Die Grünen:.....	49
a) Wie hoch ist der Anteil der aus 54060 verlagerten Mittel?.....	49
b) Wieso schwanken die Kosten für Lizenzen usw. für PlaSMa so stark?	49
c) Wie erklären sich die unterschiedlichen Betriebskosten für den Digitalfunk in 2012 und 2013?.....	49
d) Wieso liegt das Ist für IGNIS (Software- und Unterstützungsvertrag und Datenbanksoftware Oracle) 2012 und 2013 deutlich über dem Ist 2010? Wie hoch war das Ist 2011 hierfür?.....	49
e) Was verbirgt sich unter dem letzten Spiegelstrich genau und warum sind die Ansätze dafür soviel höher als das Ist 2010?	49
05 65 Berliner Feuerwehr - Service -	50
813 63 Erneuerung der dezentralen Komponenten des Leitstellensystems IGNIS	50
Bündnis 90/Die Grünen:.....	50
Bereitstellung der Planungsunterlagen.	50
05 65 Berliner Feuerwehr - Service -	51

813 65	Telemetriedatenübermittlung und Ortung von Einsatzkräften	51
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	51
	Bereitstellung der Planungsunterlagen.	51
05 71	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	52
	Maßnahmegruppe 31	52
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	52
	Warum sind die Ansätze 2012 und 2013 für die verfahrensunabhängige luK ca. fünf mal so hoch wie der Veranschlagungswert wodurch sich rd. 4000 Euro pro Arbeitsplatz ergeben (in den Fachabteilungen des LABO finden sich keine entsprechend niedrigeren Ansätze entsprechend dem Zentralen Service der Polizei zu den einzelnen Direktionen)?	52
05 71	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	53
511 43	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	53
	SPD und CDU:	53
	Was sind die Gründe für den Unterschied in den Ansätzen?	53
05 71	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	54
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	54
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	54
	Erläuterung der veränderten Ansätze im Vergleich zum Ist 2010.	54
	a) Warum wurden hier in 2011 555.019 € verausgabt?	54
	b) Warum steigen die Kosten für die Telekommunikation so enorm?.....	54
05 71	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	55
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	55
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	55
	Welche Softwarelizenzen werden hier aktualisiert?	55
05 72	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	56
	Maßnahmegruppe 31	56
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	56
	Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 34.000 Euro über dem Veranschlagungswert?	56
05 72	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	57
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	57
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	57
	a) Wie erklären sich die Kostenschwankungen bei Betrieb, Wartung und Pflege der EWW Portale PAB und IASP?	57
	b) Wie erklärt sich die Kostensteigerung für Betrieb, Wartung und Pflege FV Autista? Wie hoch war die Rechnung 2011?.....	57
	c) Wie erklärt sich die Kostensteigerung für Betrieb, Wartung und Pflege FV ODiS I? Wie hoch war die Rechnung 2011?	57
05 73	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -	59
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	59
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	59
	a) Wie erklärt sich die Steigerung der Druckkosten durch den Service des ITDZ?	59
	b) Welche Kosten werden dadurch an anderer Stelle eingespart?	59
	c) Wodurch erklären sich enorme Kostensteigerungen bei den vertraglichen Verpflichtungen unbarer Zahlungsverkehr-Miete, Transaktionen, Autorisierung, ePaymentdienste?.....	59
05 73	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -	60
813 61	Ersatz der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur für das IT-Fachverfahren KVA.....	60
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	60
	Entspricht das DMS den Kriterien des Auflagenbeschlusses zum Doppelhaushalt 2010/11 zu DMS?	60
05 74	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -	61
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	61
	Bündnis 90/Die Grünen:.....	61
	a) Was ist unter ITIS verfahrensabhängig im Unterschied zu den Ausgaben unter 54060 zu verstehen?	61
	b) Wie erklärt sich die Kostensteigerung für das elektronische Behördenpostfach?	61
	c) Wie hoch war die Rechnung 2011 hierfür?.....	61

05 74	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -	62
813 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	62
	Bündnis 90/Die Grünen:	62
	Vorlage der Planungsunterlagen.	62
05 75	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -	63
813 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	63
	Bündnis 90/Die Grünen:	63
	Vorlage der Planungsunterlagen.	63
05 85	Landesverwaltungsamt.....	64
	Maßnahmegruppe 31	64
	Bündnis 90/Die Grünen:	64
	a) Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 17.000 Euro über dem Veranschlagungswert?.....	64
	b) In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?	64
05 86	Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	65
	Maßnahmegruppe 31	65
	Bündnis 90/Die Grünen:	65
	a) Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 12.500 Euro über dem Veranschlagungswert?.....	65
	b) In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?	65
05 87	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - Personalverwaltung	66
	Maßnahmegruppe 31	66
	Bündnis 90/Die Grünen:	66
	a) Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 43.000 Euro über dem Veranschlagungswert?.....	66
	b) In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?	66
05 87	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - Personalverwaltung	67
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	67
	Bündnis 90/Die Grünen:	67
	Welche enormen Leistungen von SAP stehen den mehr als verdreifachten Kosten für die Wartungsverträge für IPV von 1.684.800 € gegenüber?	67
05 88	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice – Versorgung und Beihilfe	68
	Maßnahmegruppe 31	68
	Bündnis 90/Die Grünen:	68
	Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 98.000 Euro über dem Veranschlagungswert?	68
05 88	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice – Versorgung und Beihilfe	69
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	69
	Bündnis 90/Die Grünen:	69
	Die Kosten für verfahrens-unabhängige IT haben sich (ohne Telefonie) durch die Einführung von ITIS vervierfacht. In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?	69
05 88	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice – Versorgung und Beihilfe	70
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	70
	Bündnis 90/Die Grünen:	70
	Wie erklären sich die Schwankungen bei den Rechenzentrum-/Druckdienstleistungen (ITDZ)?	70
06 11	Generalstaatsanwaltschaft	71
1	Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 75.000 Euro	71
	(2012) bzw. 155.000 Euro (2013) über dem Veranschlagungswert?	71
06 11	Generalstaatsanwaltschaft	72
81260	KOMSTA	72

2	Ist das ITDZ hier tatsächlich günstiger als andere Anbieter?	72
06 15	Kammergericht	73
81376	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	73
4	Warum und wie lange noch müssen die noch genutzten AULAK-Module für jeweils 200.000 € gepflegt und angepasst werden, obwohl das Fachverfahren abgelöst wurde? Warum müssen jedes Jahr für 150.000 € Schnittstellen zu anderen Fachverfahren konzipiert und erstellt werden?	73
06 15	Kammergericht	74
813 77	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	74
5	Warum sind in einem Verbundprojekt von 9 Bundesländern allein in Berlin ein technischer Projektleiter mit jährlich 300.000 € und max. 4 Programmierer mit 880.000 € pro Jahr ausgewiesen?	74
06 41	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	75
6	Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 229.000 Euro (2012) bzw. 59.000 Euro (2013) über dem Veranschlagungswert?	75
06 41	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	76
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	76
7	Wie kommt es zu den Schwankungen der Dienstleistungen des ITDZ, einschließlich Internet und E-Mail? Sind Juris und Beck-online verfahrensunabhängige Ausgaben?	76
06 41	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	77
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	77
8	Passt die Ersatzbeschaffung der Serverhardware zur Serverstrategie des Landes Berlin?	77
06 42	Verwaltungsgericht	78
9	Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 154.000 Euro über dem Veranschlagungswert?	78
06 42	Verwaltungsgericht	79
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	79
10	Wie kommt es zu den Schwankungen der Dienstleistungen des ITDZ, einschließlich Internet und E-Mail? Sind Juris und Beck-online verfahrensunabhängige Ausgaben?	79
06 42	Verwaltungsgericht	80
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	80
11	In welchem Rhythmus werden Arbeitsplatzrechner und Monitore ausgetauscht?	80
06 42	Verwaltungsgericht	81
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	81
12	Welche Fachverfahren werden hier gepflegt?	81
06 42	Verwaltungsgericht	82
813 60	Datenverarbeitung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	82
13	Ist die Entwicklung der Automation im Verwaltungsbereich eingebunden in das Konzept E-Akte?	82
06 51	Sozialgericht	83
14	Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 154.000 Euro über dem Veranschlagungswert?	83
06 51	Sozialgericht	84
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	84
15	Wie kommt es zu den Schwankungen der Dienstleistungen des ITDZ, einschließlich Internet und E-Mail? Sind Juris und Beck-online verfahrensunabhängige Ausgaben?	84

06 51 Sozialgericht	85
812 89 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	85
16 Was ist DRAGON? Warum ist es nicht in der IT-BePla-Übersicht?	85
06 51 Sozialgericht	86
813 60 Automation im Verwaltungsbereich der Sozialgerichtsbarkeit	86
17 Was ist die Ablösung des Fachverfahrens LISA? Warum steht das Projekt nicht in der IT-BePla-Übersicht?	86
06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige luK	87
18 Sind im Kapitel 0661 die IT-Arbeitsplätze aller Justizvollzugsanstalten gelistet?	87
Wenn ja, warum?	87
Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT in 2012 rd. 350.000€	87
und in 2013 rd. 181.000 € über dem Veranschlagungswert?	87
06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige luK	88
511 11 Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige luK-Technik	88
19 Was ist Inhalt des Enterprise Agreement Vertrages „über das ITDZ“? Worin	88
unterscheidet er sich von ITIS? Sind damit auch die Ersatzbeschaffungen	88
von Hardware und Schulungen verbunden?	88
06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige luK	89
511 11 Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige luK-Technik	89
20 400.000 € für Aktualisierung Softwarebestand Windows 7 und des Office-Paketes	89
Was beinhaltet der Enterprise Agreement-Vertrag?	89
06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige luK	90
812 89 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	90
21 Warum kosten BAP in 2012 je 1.000 € und in 2013 je 800 €?	90
06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg MG 32 Ausgaben für verfahrensabhängige luK	91
51136	91
bis	91
813 89 Alle Titel der MG 32	91
22 Wo wurde die verfahrensabhängige IT des Kapitels 0661 bisher verbucht? Bitte um Rechnungen 2010 und Ansätze 2011	91
1000 bis 1091 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	91
Siehe gesonderten Bericht	91
11 50 Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Soziales-	92
540 85 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	92
Bitte Erklärung der Erläuterung zur höheren Aufwendung für IT-Systeme Topqw und Topqm(mündlich)	92
12 00 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service –	94
540 85 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	94
Wieso liegen die Sachmittel für das Verfahren AAA doppelt so hoch als in der Be-Pla-Übersicht?	94
Warum sind insbesondere die Kosten für VISS höher als in der IT Be-Pla-Übersicht für die Sachmittel im Betrieb angegeben?	94
12 00	95
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service–	95
813 60 Investitionen für die verfahrensabhängige luK-Technik	95
Wieso liegen die Investitionskosten für das AAA-Verfahren 2013 100.000 € über dem geplanten Betrag aus der IT-Be-Pla-Übersicht?	95

1300	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung.....	96
000 00	Open-Data	96
	Wo sind die Kosten für die Open-Data-Datenbank etatisiert?	96
1320	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschafts- und Technologiepolitik; Wirtschaftsordnung --	96
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	96
	hier die Nummer und den Fragetext eintragen.....	96
	Nr. keine.....	96
	Sind die hohen Betriebskosten für den Einheitlichen Ansprechpartner zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie angesichts der geringen Nutzerzahlen (um die 100 im Jahr) senkbar, bzw. was gedenkt der Senat zu unternehmen, um die Nutzung zu erhöhen?	96
1500 bis 1522	Senatsverwaltung für Finanzen.....	98
	Verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur.....	98
	Warum liegen die Ansätze für verfahrensunabhängige IT über dem Veranschlagungswert?	98
Anlage 1	zu Frage 4	
Anlage 2	zu Frage 5	

Kapitel:	Allgemeiner Teil
----------	-------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
1	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU					

Frage 1a	Was gehört zu den Kosten der verfahrensunabhängigen IuK
-----------------	--

Die gesamte Fragestellung lautet:

Zum besseren Verständnis und zum Vergleich zu Beginn einer Legislaturperiode daher die Bitte um ein paar kurze einleitende Worte zu den Kosten eines Computerarbeitsplatzes in der Berliner Verwaltung bei verfahrensunabhängiger IuK? Was gehört dazu, was gehört alles zu den Dienstleistungen im genauen Sinn? Weiterführende Erläuterungen zu „Fremdleistung“ zu 1.440 € und zu „Eigenleistung“ für 750 €. Auch generelle Aussagen zu Verbrauch, was wäre viel oder wenig im Verbrauch/Unterhalt (eine kurze Vergleichsdarstellung/Vergleich zur Privatwirtschaft?)

Hier: Was gehört zu den Kosten der verfahrensunabhängigen IuK

Die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur umfasst Funktionen, die grundsätzlich an allen Verwaltungsarbeitsplätzen benötigt werden. Erfasst werden Aufwendungen in allen Phasen (Planung, Entwicklung und Betrieb). Eine detaillierte Definition und sich daraus ergebende Buchungshinweise sind der Buchungsrichtlinie IT-Kostenträger in der jeweils gültigen Fassung (derzeit V3.0 zu entnehmen.

<http://www.verwalt-berlin.de/seninn/itk/gremien/itk/mentorengruppeit-kostentraeger.html>

Dienstleistungen umfassen die Bereitstellung aller Funktionalitäten, welche die Dienstkräfte zur Erledigung ihrer Aufgaben benötigen (z.B. Drucken, Speichern, Kommunizieren, Schreiben u.s.w.). Dazu gehört auch die Beschaffung und Bereitstellung der notwendigen Geräte, Programme und Netzwerke. Sie können intern erbracht aber auch extern eingekauft werden.

Frage 1b Weiterführende Erläuterungen zu „Fremdleistung“ zu 1.440 € und zu „Eigenleistung“ für 750 €.

Innerhalb der MG 31 wurden die Veranschlagungswerte für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur auf Basis vorhandener Vergleichswerte aus der Kostenrechnung (Produkt 79452) multipliziert mit den geplanten IT-Arbeitsplätzen ermittelt. Dazu wird der Vergleichswert um die Kostenbestandteile bereinigt, die nicht den sächlichen LuK-Titeln zuzuordnen sind. Das sind insbesondere Personalkosten, Gebäudekosten und Umlagekosten.

Im Aufstellungsgrundschriften, SenFin IIB, vom 20. Dezember 2010 ist die Berechnung der Veranschlagungswerte für Eigen- und Fremdleistung wie folgt geregelt:

„Die Berechnung des Veranschlagungswertes auf Basis der KLR-Daten umfasst die Kosten für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur (Produkt 79452) ohne die Kosten der Telefonie und wird wie folgt vorgenommen:

In einer ersten Phase wird zunächst ein Stückkostenvergleich auf der Basis der erweiterten Teilkosten vorgenommen und daraus der Median gebildet. So soll sichergestellt werden, dass die Auswirkungen unterschiedlicher Organisationsformen (z. B. angemietetes Fremd- oder SILB-Gebäude, eigene IT-Stelle oder ITIS-Vertrag) vollständig berücksichtigt werden können.

In einer zweiten Phase werden durch Rückrechnung die Kostenbestandteile herausgerechnet, die nicht den Ist-Ausgaben der MG 31 zuzuordnen sind (z. B. Personalkosten, Mieten). Die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für Mobilien werden als Teil des Veranschlagungswertes wie zahlungswirksame Kostenbestandteile behandelt. Damit entfällt bei Ersatzbeschaffungen für Hardware eine zusätzliche Veranschlagung. Lediglich Erstbeschaffungen sind separat zu veranschlagen und der Anschaffungspreis ist anhand des Preiskatalogs des ITDZ zu begründen.“

Außerdem wird auf den Bericht an den Hauptausschuss (rote Nummer 2479 vom 18. Mai 2011) zur Auflage II.A.14.I zum Haushaltsplan 2010/2011 „Budgetierungsmodell für den Bereich der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur“ verwiesen.

Frage 1c Generelle Aussagen zu Verbrauch, was wäre viel oder wenig im Verbrauch/Unterhalt (eine kurze Vergleichsdarstellung/Vergleich zur Privatwirtschaft?)

Der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sind keine Diskrepanzen bekannt, dass die Kosten zu hoch oder zu niedrig sind. Diese Aussage bezieht sich auf Vergleiche mit anderen Bundesländern, dem Benchmark der IT-Dienstleister für die öffentliche Hand und nicht zuletzt aus den Erfahrungen mit den am Markt zu erzielenden Preisen sowohl für Beschaffung und Betrieb der IT-Infrastruktur.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
Allgemeiner Teil - Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen						
1 Ausgaben Verwaltungsreform		1.380.000	1.580.000	1.570.000	1.383.916,33	742.433,40
540 01	Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform					

Frage 1 Warum wurden die sächlichen Ausgaben für die Verwaltungsreform (Zentral zu finanzierende innovative Projekte der Verwaltungsentwicklung, jetzt 0500/54001) in 2010 nur zur Hälfte ausgeschöpft? Wie wurde der Topf in 2011 ausgeschöpft?

Das niedrige Ist in 2010 resultiert aus Projektverzögerungen. Bei ca. 20 finanzierten Projekten kam es zu Verzögerungen. In 2010 anvisierte Ziele konnten erst im Folgejahr erreicht werden, so dass in 2010 geplante Ausgaben nicht getätigt werden konnten. Dies betrifft z.B. die Projekte Umsetzung der EU-DLR, die Transparenzplattform oder die Erfassung und Dokumentation des Migrationshintergrunds.

Vom Ansatz 2011 (1.500.000 €) wurden 1.322.411,77 € verausgabt.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
2 Service Stadt Berin						
540 01	Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform	1.380.000	1.580.000	1.570.000	1.383.916,33	742.433,40

Frage 2 Welche laufenden Projekte aus diesem Titel werden im Rahmen von Service Stadt Berlin in 2012 weitergeführt und welche werden ab 2012 bzw. 2013 neu hinzutreten? Bitte um Auflistung der Projekte in der gewohnten Qualität, also mindestens Bezeichnung/Gegenstand mit Zielen und Finanzbedarf, wo schon vorhanden mit Projektstammblatt.

Die Richtlinien der Regierungspolitik bestimmen, dass „der Senat ... die Modernisierungsvorhaben bis Mitte 2012 in einem Regierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2016 bündeln“ (wird).“ Der Ansatz kann demnach aktuell noch nicht mit konkreten Projekten hinterlegt werden, da das Modernisierungsprogramm samt zugehörigen Projekten erst im Sommer 2012 vorliegen wird.

Bis zum Sommer 2012 werden im Rahmen der vorläufigen Haushaltswirtschaft gem. Art 89 VvB aus diesem Titel fünf noch nicht abgeschlossene Projekte der ServiceStadt Berlin 2007-2011 finanziert (Finanzvolumen ca.100.000 €)

1. ProDiskurs (BA Marzahn-Hellersdorf) rd.16.500 €
2. Projekt Nachhaltige Verfahrensmodernisierung (SenInnSport) rd. 28.550 €
3. Umsetzung der neu entwickelten Strukturen und Prozesse für die Zentralen Anlauf- und Beratungsstellen der Ordnungsämter (BA Tempelhof-Schöneberg) rd. 40.000 €
4. Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes (SenArblntFrau) rd.1.800 €
5. Umsetzung EU-DLR (SenWiTechForsch) rd.12.040 €.

Weiterhin werden vorbehaltlich des Beschlusses des StS-Ausschusses am 5.3.12 und nach dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes im Juni 2012 die noch nicht abgeschlossenen Projekte aus dem Programm Service-Stadt Berlin 2007-2011 finanziert (Finanzvolumen ca. 182.200 €):

6. Verknüpfung bürgerschaftlichen Engagements mit ordnungspolitischen Zielen und Bildung von Bürger- und Ordnungspartnerschaften SenInnSport rd. 73.600
7. Erfassung Dokumentation Migrationshintergrund SenIntArbFrau rd. 18.214
8. Umsetzung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin (SenStadt) rd. 50.000 €
9. Umsetzung EU-DLR (SenWiTechForsch) rd.32.400 €
10. Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes SenIntArbFrau rd. 8.000 €

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
3	Innovationsfonds Bürger- und Ordnungsdienste					

Frage 3 Inwieweit und wofür wurden die Innovationsfonds Bürgerdienste und Ordnungsdienste (0500/54050) in 2011 ausgeschöpft? Welche Projekte sind für Innovationsfonds in 2012 und 2013 bereits angemeldet?

Verwendung Innovationsfond 2011/2012 Bürgerdienste: Im Jahr 2011 wurde der Innovationsfonds für die Bürgerämter in Höhe von 100.000 € vollständig für die Beschaffung der Hardware für das Zeitmanagementsystem (ZMS) in den bezirklichen Bürgerämtern ausgegeben. Im Jahr 2010 wurden die Mittel des Fonds vollständig für die Einführung eines kundenorientierten Zeitmanagements in Pilotbezirken verwendet. Durch die Mittelverwendung konnte das sehr kundenfreundliche und für die MA entlastende Zeitmanagementsystem in allen Bürgerämtern eingeführt werden.

Ordnungsämter: Im Jahre 2011 wurde der Innovationsfonds für die EU-weite Ausschreibung für neuen, moderneren mobilen Datenerfassungsgeräte verwendet, mit denen die Außendienstkräfte der Ordnungsämter bessere Funktionen (z.B: Fotografieren) und erweiterte Zugriffe auf IT-Fachverfahren und Datenbanken haben werden. Die Beschaffung soll 2012 erfolgen.

Im Jahre 2010 wurde die Innovationsfond für eine berlinweite Imagekampagne für die Berliner Ordnungsämter (Plakate, Flyer, Broschüren und ein Kinospot) mit dem Slogan „Gute Regeln machen Sinn“.

Der erst mit dem neuen HH zur Verfügung stehende **Innovationsfonds 2012/2013** soll sowohl für die Bürgerdienste als auch für die Ordnungsämter für gesamtstädtische Schwerpunkte zur Weiterentwicklung der Bürgerdienste verwendet werden. Die Aufteilung wird auf Grundlage der in den Rahmenzielvereinbarungen festgelegten Zielen und Qualitätsstandards erfolgen. Die Kriterien und Kennzahlen werden gegenwärtig abgestimmt. Die Abschlüsse der Rahmenzielvereinbarungen sind für Mitte des Jahres 2012 geplant. Daher gibt es noch keine konkret angemeldeten Vorhaben.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
4	luK Gesamtbudget Kapitelsummen					

Frage 4 Wie hat sich das luK-Gesamtbudget entwickelt (Bitte Ist 2010/Ist 2011/Ansatz2012/Ansatz2013 summiert und Kapitelsumme)

Die nachgefragten Informationen werden als ergänzende Beratungsunterlage zum Haushaltsplan 2012/2013 (hier: Hauptausschussvorlage – Rote Nr. 0150 C – luK-Titelliste) bereitgestellt und können der Anlage „Übersicht luK mit Kapitelsummen“ entnommen werden.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
5	luK Gesamtbudget IST					

Frage 5: Wie hat sich das Gesamtbudget der verfahrensunabhängigen IT im „Ist“ über 2010/11 entwickelt im Verhältnis zu den Ansätzen 2012/13 (in absoluten Zahlen und prozentualen Veränderungen unter Zugrundelegung der Anzahl der IT-Arbeitsplätze in den jeweiligen Haushaltsjahren)?

Die nachgefragten Informationen können der Anlage „Gesamtbudget verfahrensunabhängige IT“ entnommen werden.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
6	Produktkostenunterschiede zur Betreuung eines IT-Endgerätes					

Frage 6:

- a) Wie bewertet der Senat die großen Produktkostenunterschiede bei der Betreuung eines IT-Endgerätes in der Berliner Verwaltung, insbesondere zwischen den Senatsverwaltungen und zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken (Was kostet wo wie viel? 2010, S.55 ff.)?**
- b) Wie erklärt sich der Senat, dass alle Senatsverwaltungen über dem Median von Bezirken und Hauptverwaltungen liegen?**
- c) Wie rechtfertigt er die hohen Kosten in den Senatsverwaltungen, insbesondere in der Senatskanzlei, und was hat der Senat unternommen, um diese Kosten auf Senatsebene zu senken?**
- d) Wie sind die Senatsverwaltungen mit der Absenkung der Veranschlagungswerte auf 750 € bei Eigenleistung bzw. 1440 € bei Fremdleistung umgegangen? Welche Vorteile haben sie bei Unterschreitung, welche Nachteile bei Überschreitung der Veranschlagungswerte? Welche Vorteile werden den Bezirken aus diesem Kostenvergleich erwachsen?**

6. a) Wie bewertet der Senat die großen Produktkostenunterschiede bei der Betreuung eines IT-Endgerätes in der Berliner Verwaltung, insbesondere zwischen den Senatsverwaltungen und zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken (Was kostet wo wie viel? 2010, S.55 ff.)?

Die Unterschiede in den Produktstückkosten spiegeln die unterschiedlichen örtlichen Bedingungen, wie Organisationsstruktur, Anzahl der betreuten IT-Arbeitsplätze oder Ressourceneinsatz wider.

Werden die beiden auffälligen Werte für Neukölln und die Senatskanzlei nicht berücksichtigt, liegt der höchste Wert um 22 % über dem Median und der niedrigste Wert um 22 % unter dem Median. Diese Abweichungen bzw. Unterschiede in den Stückkosten können als normal bezeichnet werden.

6. b) Wie erklärt sich der Senat, dass alle Senatsverwaltungen über dem Median von Bezirken und Hauptverwaltungen liegen?

In den Senatsverwaltungen werden gegenüber den Bezirken weniger IT-Arbeitsplätze bezogen auf das unmittelbar eingesetzte Personal betreut.

6. c) Wie rechtfertigt er die hohen Kosten in den Senatsverwaltungen, insbesondere in der Senatskanzlei, und was hat der Senat unternommen, um diese Kosten auf Senatsebene zu senken?

Der Senat hat mit dem Veranschlagungsmodell unter Einbeziehung der Bezirke in einem landesweiten Benchmarking ein wirksames Instrument für eine höhere Wirtschaftlichkeit im Bereich der verfahrensunabhängigen IT geschaffen.

Die hohen Stückkosten der Senatskanzlei sind insbesondere durch die geringe Anzahl an IT-Arbeitsplätzen in Höhe von 559 im Vergleich zu anderen Verwaltungen begründet. Vergleiche dazu die Veröffentlichung in der Broschüre „Was kostet wo wie viel? 2010, S.57. Die Stellungnahme der Senatskanzlei zur Höhe der Stückkosten bei der Personalverwaltung in einem Bericht an den Hauptausschuss (rote Nummer 0027), SenFin vom 26. Oktober 2011, trifft auch hier zu.

6. d) Wie sind die Senatsverwaltungen mit der Absenkung der Veranschlagungswerte auf 750 € bei Eigenleistung bzw. 1440 € bei Fremdleistung umgegangen? Welche Vorteile haben sie bei Unterschreitung, welche Nachteile bei Überschreitung der Veranschlagungswerte? Welche Vorteile werden den Bezirken aus diesem Kostenvergleich erwachsen?

Die Senatsverwaltungen haben fast vollständig die Höhe der Ansätze 2012 und 2013 über das Veranschlagungsmodell begründet und nur in Ausnahmefällen liegen Überschreitungen der maximalen Veranschlagungsleitlinie vor.

Sowohl Unterschreitungen als auch Überschreitungen der maximalen Veranschlagungsleitlinie sind im Rahmen der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung umzusetzen. Im Ergebnis der Haushaltsberatungen 2010/2011 wurden verbleibende Überschreitungen durch einzelplanscharfe Pauschale Minderausgaben beim Titel 97211 umgesetzt.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
7	Personalabbau bei Fremdleistung					

Frage 7 Haben die Verwaltungen, die verfahrensunabhängigen IT und Serverhosting als Fremdleistung einkaufen, entsprechend Personal in den IT-Stellen abgebaut? Wird dies erhoben und gibt es dazu ein (ressortübergreifendes) Controlling?

Grundsätzlich werden bei Umwandlung von Personal- in Sachmittel entsprechend Stellenanteile gestrichen/verringert. Die Anteile können nicht genau beziffert werden, weil in den Veranschlagungen der Personalausgaben nicht die Organisationseinheit IT oder einzelne Dienstkräfte erkennbar sind. Siehe hierzu auch den Bericht der Senatsverwaltung für Finanzen vom Juni 2011 (Rote Nummer 2479).

In diesen Einzelfällen müssen die betroffenen Ressorts/Behörden Auskunft geben. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat im Herbst 2011 eine Personalstrukturanalyse für den IT-Sektor durchgeführt und hat somit einen Überblick über die Ist-Ausstattung an IT-Personal.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
8	Preisspanne PC-Beschaffung					

Frage 8 Wie erklärt sich die große Spannbreite für Beschaffungskosten für einfache PC (zwischen 400 und 1000 Euro?) in den verschiedenen Verwaltungen?

In den Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln haben einige Dienststellen die o.g. Beträge genannt. Der überwiegende Teil der Ressorts beschafft seine Endgeräte über das ITDZ. Von dort sind die folgenden Hinweise zu den Preisen gemeldet worden:

Der günstigste PC (Green-PC) kostet in der Grundausstattung gegenwärtig 348,61 €. Je nach Bedarf können dann beispielsweise folgende Komponenten dazu kommen:

Größerer Hauptspeicher
Größere Festplatte
CD-Laufwerke
Betriebssystem
Office-Software
Virenschutz
Tatstatur
Maus
Monitor
Drucker
Gewährleistungsverlängerungen
Etc.

Darüber hinaus gibt es auch noch höherpreisige PCs welche für höhere Flexibilität und besondere Anforderungen ausgelegt sind. Diese werden aber vergleichsweise wenig beschafft.

Sollten nähere Informationen gewünscht werden, sollten die einzelnen Ressorts befragt werden.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
9	IT-strategische Ziele					

Frage 9 Wie bewertet der Senat die Umsetzung der IT-strategischen Ziele:

- Reduzierung von Druckern (papierlosere workflows, elektronische Signatur)
- Reduzierung des Energieverbrauchs von Servern und IT-Arbeitsplätzen?
- Reduzierung der IT-Fachverfahren
- Virtualisierung von Servern, Optimierung des Server-Client-Verhältnisses
- Schaffung von web-basierte Lösungen
- Offene Standards bei Beschaffung von Software und der Erstellung von eigenen IT-Lösungen

Die Verantwortung für die operative Umsetzung der jeweils dezentral notwendigen Maßnahmen obliegt im Rahmen der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung den einzelnen Behörden. Hierbei ist nach Einschätzung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ein unterschiedlicher Stand erreicht.

Grundsätzlich besteht bei der operativen Umsetzung IT-strategischer Ziele in der Berliner Verwaltung noch Verbesserungspotenzial. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport beabsichtigt daher auch eine Veränderung bei der IT-strategischen Zielsetzung des Landes, im Sinne einer Konzentration auf wenige aber bedeutende Zielstellungen und konsequenter Unterstützung und Begleitung des operativen Umsetzungsprozesses.

Zur Umsetzung in den in der Fragestellung angeführten einzelnen Bereichen:

Aus den Angaben der aktuellen IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla) ist ersichtlich, dass die **Anzahl** der **Standarddrucker** (Einzelpätze, kleinere Multifunktionsgeräte) insgesamt rückläufig ist.

Maßnahmen zur **Reduzierung des Energieverbrauchs** sind in unterschiedlicher Form in den Behörden und vor allem auch beim zentralen IT-Dienstleister des Landes Berlin, dem ITDZ, umgesetzt. So wurden durch den Einsatz von Thin Clients und den Austausch von Röhrenmonitoren bereits Energiekosten reduziert.

Zur **Konsolidierung von IT-Verfahren** hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport dem Abgeordnetenhaus im November 2010 über den erreichten Stand berichtet (Drs 16/3699 – Rote Nummer 2315). Zusammenfassend wurde dort festgestellt, dass „die Konsolidierung von IT-Verfahren in allen Ressorts eine Leitlinie beim Einsatz von IT-Verfahren darstellt und entsprechende Maßnahmen in weiten Teilen bereits umgesetzt sind bzw. die Handlungsgrundlage für anstehende Verfahrensplannungen bilden.“

Diese Einschätzung wird von dem derzeit erstellten aktualisierten Sachstandsbericht, der dem Hauptausschuss zur ersten Lesung des Einzelplans 05 vorgelegt wird, erneut bestätigt.

Auch die Ergebnisse der aktuellen IT-BePla bestätigen die Erkenntnis, dass nur in wenigen Fällen unterschiedliche IT-Verfahren für dieselbe Fachaufgabe im Einsatz sind.

Die Anzahl **virtueller Server** hat sich in einem Zeitraum von zwei Jahren verdoppelt, bei (seit 2010) konstant gebliebener Anzahl physikalischer Server. Ausweislich der Angaben der IT-BePla waren 2011 in den Behörden der Berliner Verwaltung 2.631 (physikalische) Server sowie 1.289 virtuelle Serverfunktionalitäten in Betrieb.

Die jährlich aktualisierten „Berliner IT-Standards“ legen die bei Beschaffung von Software und bei der Erstellung von eigenen IT-Lösungen zu verwendenden **offenen Standards** fest und sind von allen Behörden zu beachten.

Bis auf einzelne Ausnahmen werden die in Entwicklung befindliche IT-Verfahren als **webbasierte Anwendung** in Auftrag gegeben. Damit wird der strategische Ansatz umgesetzt, wonach der Herstellerneutralität und Plattformunabhängigkeit Vorrang einzuräumen ist.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
10 DMS Standards						

Frage 10 Wie weit ist der Senat gemeinsam mit den Bezirken mit der Entwicklung einheitlicher, verbindlicher DMS-Standards (entsprechend dem Auflagenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011)? Welche Kriterien kann der Senat benennen, damit das Abgeordnetenhaus dem Auflagenbeschluss, nur Mittel für DMS-Entwicklungen bereitzustellen, die diesen Standards entsprechen, nachkommen kann?

Bislang wurden in der Berliner Verwaltung in behördenübergreifenden Arbeitsgruppen, auch mit Bezirksvertretern, eine Reihe von DMS-Standards für das Land Berlin erarbeitet:

- Organisatorische Handlungsbedarfe für die behördliche Einführung eines DMS wurden ermittelt.
- Technische Anforderungen an einen landesweiten IT-Dienst für die elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung wurden in einem Fachkonzept zusammengefasst und *einzelne* Prozesse musterhaft beschrieben.
- Die GGO I wurde geändert und damit die rechtliche Grundlage für die Einführung geschaffen.
- In einem Organisations- und Umsetzungsbandbuch wurden Informationen technisch-organisatorischer Art, z.B. Aktenrelevanz, Umgang mit E-Mails, Langzeitspeicherung etc., zusammengefasst.
- Ein Leitfaden für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in Behörden, die ein DMS/VBS einsetzen möchten, wurde erarbeitet.
- Das Szenario einer flächendeckenden Einführung der elektronischen Aktenführung und Vorgangsbearbeitung in der Berliner Verwaltung wurde einer fundierten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unterzogen, mit dem Ergebnis eines positiven Kapitalwerts.

Die einheitliche und flächendeckende Umstellung auf eine elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung ist ein unverzichtbares Element einer modernen, leistungs- und zukunftsfähigen Verwaltung. Es wird empfohlen, über die bislang geschaffenen DMS-Standards hinaus auf eine landesweit einheitliche Einführung von elektronischer Aktenführung und Vorgangsbearbeitung in technischer und organisatorischer Sicht hinzuwirken.

Diese Ergebnisse wurden dem Senat von Berlin vorgelegt. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wurde am 16. August 2011 mit Senatsbeschluss (S-3831/2011) beauftragt, ein Umsetzungskonzept für die Umstellung von 34.000 IT-Büroarbeitsplätzen der Berliner Verwaltung bis zum Jahr 2016 auf eine elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung - gemeinsam mit der Hauptverwaltung und den Bezirken - zu erarbeiten. Für ein Vorhaben mit dieser Größenordnung sind insbesondere die finanziellen und personellen Auswirkungen sowie die organisatorisch zu bewerkstellenden Maßnahmen zu ermitteln und noch eine Reihe von technischen Fragestellungen zu klären.

Für die Konzepterstellung ist der Zeitraum von April bis September 2012 vorgesehen. Das Konzept wird mit Hilfe externer Unterstützung erstellt. Gegenwärtig läuft das Vergabeverfahren zur Beauftragung eines Unternehmens. Es werden mehrere Verwaltungen eingebunden und eine Projektstruktur gebildet.

Verbunden mit der Erarbeitung des Umsetzungskonzeptes sind auch die Erstellung eines Lastenheftes und die Planung der Einführung, so dass direkt im Anschluss an den Senatsbeschluss mit der Ausschreibung des DMS-Tools begonnen werden kann. Damit fallen in diesem Haushaltsjahr sowohl Kosten für das Umsetzungskonzept als auch Kosten für die konkrete Einführung an.

Auch um eine Einführung für die einzelnen Behörden attraktiver zu machen, wird SenInnSport die landesweite Einführung personell und finanziell begleiten. So ist eine Anschubfinanzierung vorgesehen, weiterhin werden den Behörden externe Berater für die Einführungsphase zur Verfügung gestellt, die ebenfalls von SenInnSport finanziert werden.

Das Konzept wird dem Senat und dem Rat der Bürgermeister zur Entscheidung über weitere Umsetzung der landesweiten Einführung vorgelegt.

Die Erweiterung eines bestimmten DMS-Werkzeuges sollte vor diesem Hintergrund derzeit nicht weiter vorangetrieben werden, da noch nicht klar ist, welche Anforderungen erfüllt werden müssen, wenn eine flächendeckende Einführung erfolgt.

Ebenfalls wäre es kontraproduktiv, jetzt sämtliche Vorhaben zu stoppen, die in den Ressorts im Hinblick auf die Einführung eines DMS-Systems begonnen wurden, bis die landesweiten Vorbereitungen beendet sind. In den Ressorts wurden und werden viele wertvolle Maßnahmen eingeleitet, z.B. Einverständnis der Personalvertretungen, Organisationsuntersuchungen oder technische Vorbereitungen. Diese werden durch die landesweiten Entwicklungen nicht obsolet, ebenso wenig die ggf. bereits aktive Einführung eines DMS-Werkzeuges in einzelnen Behörden. Im Rahmen der landesweiten Einführung wird dafür Sorge getragen, dass diese Maßnahmen miteinander harmonisiert werden. In technischer Hinsicht wird eine Umstellung nicht zwingend sein, sondern auf die Schaffung einer entsprechenden Schnittstelle hingewirkt.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
11	IT-Sicherheitskonzept					

Frage 11 Welche Verwaltungen verfügen über ein mit der jeweiligen Leitung abgestimmtes IT-Sicherheitskonzept?

Welche Verwaltungen verfügen über ein mit der jeweiligen Leitung abgestimmtes IT-Sicherheitskonzept?

Aus den Zulieferungen für den aktuellen Bericht zur Informationssicherheit 2012 geht hervor, dass 61 Behörden der Berliner Verwaltung über ein schriftliches IT-Sicherheitskonzept verfügen und davon in 45 Behörden diese IT-Sicherheitskonzepte auch mit der jeweiligen Behördenleitung abgestimmt sind.

In sieben Behörden liegt noch kein IT-Sicherheitskonzept vor, es wird in diesen Behörden derzeit erarbeitet.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
12	Controlling MG 31 und MG 32					

Frage 12	Wie wird die Zuordnung zu den Maßnahmegruppen 31 und 32 kontrollt?
-----------------	---

Die Vorgaben sind im Aufstellungsroundschreiben unter Verweis auf die gültige IT-Buchungsrichtlinie geregelt. Die Revision der Senatsverwaltung für Finanzen wird zu diesem Thema von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport frühzeitig unterstützt. Die Haushaltsplanentwürfe werden bereits im frühzeitigen Stadium mit den in der IT Bestands- und Planungsübersicht angemeldeten IT-Maßnahmen abgeglichen.

<http://www.verwalt-berlin.de/seninn/itk/gremien/itk/mentorengruppeit-kostentraeger.html>

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
13	Vertragsmanagement MG 31 und MG 32					

Frage 13 Inwieweit wirkt sich das standardisierte Vertragscontrolling positiv auf Verträge und Vertragscontrolling für Maßnahmen der MG 31 und 32 aus?

Ein berlinweit einheitliches Vertragsmanagement für IT-Maßnahmen gibt es nicht. Es gibt unterschiedliche Vertragsarten (z.B. EVB-IT) die von den einzelnen Ressorts teilweise über Rahmenverträge des ITDZ geschlossen werden. Ob in den einzelnen, größeren Ressorts ein Vertragsmanagement im eigentlichen Sinne besteht, ist hier nicht bekannt.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
14	Veranschlagung anderer IuK-Ausgaben					

Frage 14 Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Veranschlagungswerte auch für andere IuK-Kosten (z.B. verfahrensabhängige IT-Infrastruktur, Telefonie) einzuführen?

Die einheitliche Produktbildung für die Telefonie war zum Zeitpunkt der Festlegung der Veranschlagungsleitlinie noch nicht abgeschlossen. Ab 2012 wird in der KLR ein berlinweit einheitliches Produkt „Telefonie“ bebucht, welches dann in ein Veranschlagungs- oder Budgetierungsmodell für den Haushaltsplan 2014/2015 einbezogen werden kann.

Hinsichtlich der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren durch die Mentorengruppe IT-Kostenträger verstärkt darauf geachtet, dass die dafür vorgesehenen Kostenträger auch tatsächlich bebucht werden. Hier werden sowohl spezielle Verfahrenskostenträger als auch ein Sammelkostenträger für die übrigen Verfahren verwendet.

Insbesondere weil die IT-Verfahren so unterschiedlich und maßgeblich durch die Anforderungen der jeweiligen Fachaufgabe bestimmt sind, kann kein einheitliches Budgetierungsverfahren für alle IT-Verfahren angewendet werden. Eine Budgetierung auf Grundlage der Ist-Kosten wäre bei den mit speziellen Kostenträgern ausgestatteten IT-Verfahren (z.B. Neues Berliner Rechnungswesen – NBR, Integrierte Personalverwaltung – IPV) möglich. Die Datengrundlage kann aber kaum bzw. überhaupt nicht verglichen werden. Überregionale Vergleiche sind wegen unterschiedlichster Organisationsformen schwierig und in der Berliner Verwaltung gibt es weit überwiegend stets nur ein IT-Verfahren für die Bearbeitung einer (Teil-)Aufgabe.

Somit ist die Einführung eines Budgetierungsverfahrens für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur nicht zielführend. Gleichwohl wäre es möglich, die in Betrieb bzw. in Planung befindlichen IT-Verfahren mit Hilfe bereits eingeführter Bewertungssysteme (BalancedScorecard, Kriterienkatalog zur dezentralen Softwarebeschaffung) auch hinsichtlich der finanziellen Mittel zu steuern.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
15	Kapitelsummen IuK Titel					

Frage 15 Bitte eine Übersicht der Kapitelsummen für IuK-Titel aller Einzelpläne 2012/2013 erstellen, die die Ansätze 2012 und 2013 sowie den Ansatz 2011 und IST 2011 enthält.

Die Frage ist inhaltlich deckungsgleich mit Frage Nr. 4 und wurde dort beantwortet.

Kapitel:	Allgemeiner Teil - Antrag der Piratenfraktion
----------	--

Titel	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
	2012	2013	2011	2011	2010
Allgemeiner Teil – Anträge der Piratenfraktion	0	0	0	0	0
1 Open-Data-Strategie					

Frage 1 Inwieweit plant der Senat die Handlungsempfehlungen der Berliner Open-Data-Strategie umzusetzen?
Welche Kosten werden dadurch erwartet und inwieweit sind diese im Haushalt eingeplant?

Im Jahr 2011 wurde ein Projekt, gefördert aus dem Titel für ServiceStadtBerlin Projekte (Kapitel 0501 Titel 540 01), zur Erarbeitung eines OpenData-Konzepts durchgeführt. Das Projekt wurde in zwei Phasen genehmigt (Febr. – Juni, Juli – Dez. 11). Über die ursprüngliche Planung hinaus wurde in Phase II ein Datenportal realisiert und in den Testbetrieb genommen. Hierbei konnten wertvolle Erfahrungen zum technischen und rechtlichen Rahmen gewonnen werden.

Der Projektbericht wurde Anfang 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er enthält nach einer Analyse 39 Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung.

Diese Handlungsempfehlungen werden jetzt im Staatssekretärsausschuss Verwaltungsmodernisierung zur Kenntnis genommen und bewertet. Danach sind erste Umsetzungsschritte festzulegen. Auch über Zuständigkeiten ist zu entscheiden. Dies soll bis Sommer 2012 geschehen.

Zu den Kosten liegen Abschätzungen für den Aufwand im Regelbetrieb von Unternehmen vor, die sich auf das Portal selbst sowie das Datenregister beziehen. Für Pflege, Updates und Registrierung werden Kosten in Höhe von 75.000 EURO jährlich erwartet.

(vgl. Beantwortung zu Frage 1 im Kapitel 13 00)

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
2	Überschuss ITDZ					
121 26	Gewinnablieferungen der An- stalten des öffentlichen Rechts					1.820.355,06

Weggefallen

Das Ist 2010 resultiert aus einer einmaligen Gewinnablieferung des ITDZ für das Wirtschaftsjahr 2009.

Frage 2 Wie viel Überschuss hat das ITDZ 2011 erwirtschaftet, wohin fließt dieser Überschuss?

Da der geprüfte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 noch nicht vorliegt, kann die Höhe des Überschusses derzeit noch nicht abschließend beziffert werden. Nach dem IV. Quartalsbericht 2011 prognostiziert das ITDZ einen Jahresüberschuss in Höhe von 700.000 Euro. Diese Summe steht unter dem Vorbehalt der Abschlussprüfung durch die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Über die Verwendung des Überschusses entscheidet der Verwaltungsrat.

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
3	Einnahmen aus Verwertungs- rechten					

Frage 3: Welche Einnahmen hat das Land Berlin aus Verwertungsrechten, wo sind diese im Haushaltsplan im Einzelnen veranschlagt?

Die Verwaltungen führen grundsätzlich keine eigenständige Entwicklerarbeit durch. Länderübergreifende Entwicklerarbeit wie im Steuerbereich wird an andere Länder entgeltfrei abgegeben.

Im Kapitel 1260 „Ministerielle Angelegenheiten des Bauwesens“ waren für 2011 im Titel 12509 – Entgelte für die Lizenzvergabe von Computerprogrammen – 1.000 Euro als Merkansatz veranschlagt. Der Titel ist ab 2012 weggefallen, weil die Informationen inzwischen frei verfügbar im Internet heruntergeladen werden können.

Im Kapitel 1330 „Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung – Wirtschaftsförderung -“ werden beim Titel 12511 – Verkaufserlöse – Einnahmen aus der kommerziellen Verwertung des Berliner 3D-Stadtmodells in Höhe von jährlich 150.000 Euro erwartet.

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
4	W-LAN					

Frage 4 Sind im Haushaltsplan Mittel für die Einrichtung eines freien W-LAN's in Berlin vorgesehen und wenn ja, wo?

Mittel für die Einrichtung eines freien W-LANs in Berlin sind nicht erforderlich, weil eine für Berlin kostenneutrale Kooperation mit privaten Betreibern angestrebt wird.

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
5 Datenfernübertragung						
51170	Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige luK-Technik	289.000 €	289.000 €	283.000 €		273.103,33 €

Frage 5 Dieser luK Titel ist im gesamten Plan der einzige mit der genauen Bezeichnung des Leistungsmerkmals (SDSL) – welche Ausstattungen weisen alle anderen DSL-Leitungen, die im Haushaltsplan aufgeführt sind, auf? Für die in diesem Titel benannten 1 Gbit/s-Leitungen: Wie hoch ist die durchschnittliche Auslastung, wie hoch ist die Peakauslastung?

Zur Auslastung der Netzanbindung an das Technische Finanzamt (TFA) Cottbus:

Das Land Berlin hat zum 01.01.2008 die Automationsverfahren des EOSS-Verbundes übernommen und betreibt seitdem die gleichen steuerlichen Automationsverfahren wie das Land Brandenburg. Die in beiden Ländern genutzten technischen Systeme einschließlich der Hauptrechner sind so ähnlich ausgelegt, dass sie sich gegenseitig Backup geben können. Aus Gründen der IT-Sicherheit sind die Datenleitungen zwischen den Technischen Finanzämtern Berlin und Cottbus entsprechend leistungsstark ausgelegt.

Auf der Grundlage eines zwischen beiden Ländern geschlossenen Verwaltungsabkommens lässt die Berliner Steuerverwaltung beim TFA Cottbus den „zentralen EOSS-Druck“, das sind insbesondere die rund 24 Millionen Druckseiten der Steuerbescheide, Zahlungserinnerungen und ähnlicher Schreiben erledigen. Über die zwei redundant ausgelegten Datenleitungen werden außerdem regelmäßige Datensicherungen der Berliner Systeme durchgeführt. Es entstehen dabei über mehrere Stunden Lasten bis zu 120 MBit/s.

Hinsichtlich der Leistungsmerkmale der im Land Berlin angemieteten DSL-Leitungen wird mitgeteilt, dass die einzelnen Dienststellen die Leitungen bei den Providern selbst anmieten. Eine zentrale Stelle, die diese Informationen sammelt, gibt es nicht.

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
6	Veranschlagung anderer IuK-Ausgaben					

Frage 6 Im Haushaltsplan finden sich Austausche von PC-Arbeitsplätzen – was passiert mit den alten Geräten? Wie alt sind diese durchschnittlich und welche durchschnittliche Ausstattung besitzen diese?

Die meisten Dienststellen im Land Berlin beschaffen ihre Arbeitsplatzrechner über das ITDZ. Dort ist im Beschaffungspreis die Abholung und Entsorgung enthalten.

In der Leistungsbeschreibung ist formuliert:

„Ausgesonderte Geräte werden vom Auftragnehmer auf Anforderung des Kunden des Auftraggebers entgeltfrei abgeholt und fachgerecht entsorgt. Diese Verpflichtung besteht zeitlich unbeschränkt. Sie ist unabhängig vom Fortbestand des vorliegenden Rahmenvertrages und auch nicht mit einer Folgebestellung oder der Erteilung eines neuen Auftrags verknüpft.“

Der IT-BePla ist zu entnehmen, dass etwa 22500 Rechner (von 69843 insgesamt) älter als vier Jahre sind, wobei der Anteil in den Bezirken höher ist als in der Hauptverwaltung. Der Abschreibungszeitraum beträgt fünf Jahre. Es ist davon auszugehen, dass über 90% aller Rechner spätestens nach sechs Jahren ausgetauscht werden. Peripherie wie Bildschirme können aber weitaus länger im Einsatz sein.

Die Ausstattung kann sehr unterschiedlich sein (Siehe Frage 8)

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
7	elektorisches Hinweisgebersystem zur Korruptionsbekämpfung					

Frage 7 Was ist der momentane Umsetzungsstand des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 01.07.2010 hinsichtlich der Einführung eines elektronischen Hinweisgebersystems zur Korruptionsbekämpfung (Drucksache 16/3361 siehe Anlage)? Welchen weiteren Zeitplan verfolgt der Senat bei dieser Umsetzung und sind im Haushaltsplan dafür verwendbare Mittel veranschlagt?

Der Referentenentwurf eines Gesetzes über die Einführung eines elektronischen Hinweisgebersystems zur Ergänzung der Korruptionsbekämpfung im Land Berlin wird zurzeit von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport erarbeitet und wird im Laufe des zweiten Quartals dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Kapitel:	03 00 Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IuK
	Senatskanzlei

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
Ohne Titel						

Frage

Bericht auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wie erklären sich die höchst unterschiedlichen Ausgaben für Dienstleistungen für das SIDOK-Fachverfahren beim Ist 2010 und den Ansätzen 2011/12/13? Wie war der Ist-Stand 2011?

Die IST-Ausgaben zum SIDOK-Fachverfahrensbetrieb haben für das Haushaltsjahr 2010 insgesamt 122.218,97 € und im Haushaltsjahr 2011 insgesamt 216.514 € betragen. Diese Veränderungen in den Betriebsausgaben lassen sich auf drei Aspekte zurückführen:

1. SIDOK ist 2008 das erste Fachverfahren gewesen, dass auf der DMS-Diensteplattform des ITDZ betrieben wurde. Das ITDZ hatte ein nutzerbezogenes Abrechnungsmodell für den DMS-Dienst angeboten. Auf Grund einer vorläufigen Gesamtkostenkalkulation für den DMS-Dienst wurde für das Pilotverfahren SIDOK eine progressive Preisstaffelung für die Haushaltsjahre 2008 bis 2011 vertraglich vereinbart, die die finanziellen Vorleistungen im Rahmen des Projektes berücksichtigte. Aus den genannten Gründen lag der vereinbarte Betriebspreis im Haushaltsjahr 2010 noch bei 20,50€ bzw. ab Juli 2010 bei 28,49 € pro Nutzer/Monat. Erst ab Januar 2011 galt ein endgültiger Betriebspreis von 39,59€ pro Nutzer/Monat.
2. Die zu Beginn des Fachverfahrensbetriebes prognostizierte Gesamtnutzerzahl stieg langsamer als zunächst erwartet. Mit dem Ende der 16. Wahlperiode ist diese Ausbaustufe mit insgesamt rd 450 Nutzenden in allen Senats- und Bezirksverwaltungen sowie in der Senatskanzlei erreicht worden.
3. SIDOK enthält Datenbestände seit April 2005. Mit der intensivierten Nutzung des Systems sowie der zeitgleichen Umwandlung des Schriftgutes in ein langzeitchivierbares Format fallen seit 2011 auf Grund der gestiegenen Datenmenge zusätzliche Betriebskosten für Konvertierungsdienst, Datenspeicherung und Datensicherung an.

Die höheren Planansätze für die beiden Haushaltsjahre 2012 und 2013 sind in erster Linie auf folgende Gründe zurückzuführen:

1. Im Fokus der SIDOK-Entwicklung stand in den zurückliegenden Jahren das Optimieren der elektronisch gestützten Geschäftsprozesse sowie die Etablierung eines stabilen Systems. Nunmehr ist die Angleichung an den aktuellen Stand der IT-Technologie und IT-Anforderungen – insbesondere unter Beachtung sicherheitstechnischer Aspekte - vorzusehen, weil andernfalls vorhersehbar keine oder nur noch eine eingeschränkte Kompatibilität garantiert werden kann.
2. Das ITDZ stellt für alle Verwaltungskunden seit Ende 2011 eine performantere, systemtechnisch verbesserte und unter betriebswirtschaftlichen Aspekten auch für SIDOK kostengünstigere DMS-Diensteplattform bereit.

Daher sind einerseits Einmalkosten zur SIDOK-Migration auf den neuen Releasestand der DMS-Diensteplattform von 140.000 € bzw. 70.000 € in den Jahren 2012 und 2013 eingestellt. Zum anderen erfordert die Gewährleistung eines geordneten störungsfreien Betriebsablaufs zukünftig den Abschluss eines Wartungs- und Pflegevertrages für SIDOK, soweit diese Dienstleistungen nicht im Betriebspreis für den DMS-Dienst bereits enthalten sind. Die jährlichen Kosten hierfür werden mit 50.000 € pro Jahr zu veranschlagen sein.

Kapitel:	03 00
	Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei -

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	156.000	64.000	200.000	172.904	185.935

Bericht auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Was heißt Modernisierung des IT-Systems der Senatskanzlei für 156.000 Euro?

Wird diese Modernisierung unter Fremdleistung oder als Eigenleistung erbracht?

Wird durch diese Erneuerung eine mittelfristige Senkung der laufenden Kosten erzielt?

Die seit dem Jahr 2006 betriebenen Betriebssysteme Windows Server 2003 und Windows XP, sowie die Software Exchange 2003 und Office 2003 werden auf Windows Server 2008R2, Windows 7, Exchange 2010 und Office 2010 migriert. Betroffen sind 12 Server und rd. 300 PCs und Notebooks im Berliner Rathaus, sowie den Außenstellen Abgeordnetenhaus, Bundesrat und Brüssel. Die Maßnahme umfasst auch die Erneuerung des IT-Sicherheitskonzeptes und die IT-Schulung der Beschäftigten.

Das Projekt wird weitgehend mit eigenem Personal durchgeführt. Die IT-Sicherheitsevaluation und die IT-Schulungen erfolgen durch externe Partner.

Direkte Kostensenkungen ergeben sich nicht. Es können jedoch Mehraufwände in den Bereichen IT-Sicherheit und Kompatibilität vermieden werden, die durch den Betrieb eines nicht mehr aktuellen IT-Systems entstehen.

Kapitel:	05 00 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 01	Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform	1.380.000	1.580.000	1.570.000	1.383.916,33	742.433,40

Bericht auf Antrag der Fraktion Die Linke: Bislang bei 0501, Titel 54001 gebucht und im Ausschuss VerwRefKIT beraten. Es wäre sinnvoll, diesen Titel nicht nur im Innenausschuss sondern auch im Ausschuss ITDat zu beraten! Welche Projekte sollen aus diesem Titel finanziert werden? Für die Beratung des Doppelhaushalts 2010/11 lag eine vom Staatssekretärsausschuss verabschiedete Projektliste vor! Bitte Projektliste für 2012/2013 vorlegen.

Die Richtlinien der Regierungspolitik bestimmen, dass „der Senat ... die Modernisierungsvorhaben bis Mitte 2012 in einem Regierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2016 bündeln“ (wird).“ Der Ansatz kann demnach aktuell noch nicht mit konkreten Projekten hinterlegt werden, da das Modernisierungsprogramm samt zugehörigen Projekten erst im Sommer 2012 vorliegen wird. Sinn und Zweck des Ansatzes ist ein unterjähriges Förderangebot an landesweite innovative Projekte. Die bei Abschluss des Modernisierungsprogramms beschlossene Projektliste markiert lediglich den „Startpunkt“. Sie wird regelmäßig durch Beschlüsse des Staatssekretärsausschusses zur Verwaltungsmodernisierung um neue Projekte erweitert.

Kapitel:	05 00
	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service-

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
Maßnahmegruppe 31		1.302.400	1.260.400	1.099.000		1.391.540,99

Bündnis 90/Die Grünen:

Warum liegen die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT so weit über dem Veranschlagungswert?

Hier werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur von SenInnSport Stamm ohne die Abt. II – Verfassungsschutz (siehe Kapitel 0520) und ohne die Sporteinrichtungen (siehe Kapitel 0511 und 0512) nachgewiesen.

Die Ausgaben liegen aus folgenden Gründen über dem Veranschlagungsbetrag:

- Die SenInnSport hat für den Standort Altes Stadthaus das ITDZ 2010 mit der Umstellung auf VoIP beauftragt. Die Umstellung erfolgt 2011. Der bestehende ITIS-Vertrag wurde um die Telefonie erweitert. Seit dem werden die für die gemeinsame Nutzung dimensionierten und konfigurierten IT-Infrastrukturkomponenten sowohl für die Daten- als auch für die Sprachkommunikation gemeinsam genutzt und ausschließlich im Rahmen von ITIS abgerechnet (Kostenträger 79452). Nur die Telefonendgeräte, die Carrierentgelte und die zugehörigen Serviceleistungen werden bei der Telefonie verbucht (Kostenträger 80477 Telekommunikation (Betrieb)).
- Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport betreibt eine Lagezentrale/zentrale Einsatzleitung. Für die dortigen 34 IT-Arbeitsplätze sind besondere Servicelevel vereinbart. Außerdem sind die Arbeitsplätze so konfiguriert, dass sie notfalls auch im Stand-alone-Betrieb nutzbar sind.
- Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport legt in der Personalentwicklung besonderen Wert auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auf Basis einer Dienstvereinbarung mit dem Personalrat wird alternerende außerbetriebliche Arbeit angeboten. Die häuslichen IT-Arbeitsplätze sind sicher an das Landesnetz angeschlossen und erlauben einen uneingeschränkten Zugriff auf den Datenbestand wie am „dienstlichen“ Arbeitsplatz. Zurzeit werden 16 Telearbeitsplätze (158,70 €/Monat inkl. häuslichem Telefonanschluss statt 76,20 €/Monat für einen ThinClient ohne Anschluss des Dienstgebäudes) betrieben.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport plant folgende Maßnahmen zur weiteren Ausgabensenkung:

- Umstellung weiterer Arbeitsplätze von FatClients auf ThinClients auch als Ergebnis von Verfahrensm modernisierungen die keine lokale Installation mehr erfordern,
- Preisverhandlung mit dem ITDZ, weil
 - o die Endgerätepreise am Markt weiter sinken,
 - o das ITDZ durch Ausweitung von ITIS Skaleneffekte erzielt,
 - o das ITDZ durch weitere Standardisierung Aufwand spart.
- Bessere Strukturierung der Dateiablage mit dem Ziel, Speicherplatz zu sparen.
- Für das Drucken, Kopieren und Faxen gelten ab dem II. Quartal 2012 folgende Standards:
- Ein Drucker steht spätestens im nächsten Zimmer, wenn es dorthin eine Verbindungstür gibt,
 - o Ein Multifunktionsgerät steht spätestens in 75 m Entfernung auf der gleichen oder nächsten Etage,
 - o Zusätzlich zum Faxen aus dem IT-Arbeitsplatz steht ein Faxgerät spätestens in 75 m Entfernung auf der gleichen oder nächsten Etage.
- Die vereinzelt noch bestehende Überausstattung wird bis Ende März 2012 abgebaut.

Kapitel:	05 00
	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
812 60	Bundesweite Einführung von Digitalfunk	1.000		1. 000	3.276.586,00	18.200.314,66

SPD und der CDU:

a) Ist mit der Umrüstung der Fahrzeuge und Leitstellen mit Mehrkosten zu rechnen?

b) Müssen Endgeräte turnusmäßig ersetzt werden?

c) Wann ist die Feinjustierung im Netz für die geplante Funkversorgung fertig gestellt und sind dabei Mehrkosten zu erwarten?

a) Die Erstumrüstung der Fahrzeuge und Leitstellen von Polizei und Feuerwehr ist im Gesamtprojektbudget enthalten.

b) Die Endgeräte müssen turnusmäßig ersetzt werden. Dazu hat die Polizei beim Kapitel 0553/Titel 81383 Mittel für die Ersatzbeschaffung ab 2013 eingeplant. Die Feuerwehr hat Ersatzbeschaffungen beim Kapitel 0565/Titel 81364 ab 2013 veranschlagt.

c) Die Feinjustierung des Funknetzes soll im Jahr 2012 abgeschlossen werden. Die hierfür notwendigen Finanzmittel werden aus dem gebilligten Gesamtprojektbudget zur Verfügung gestellt. Dies ist durch die guten Ausschreibungsergebnisse bei der Endgerätebeschaffung möglich.

Die Linke:

Aktueller Stand des Projektes und des Finanzbudgets?

Nach dem Abschluss der ersten Aufbaustufe der Netzinfrastruktur wurde anhand von konkreten Funkmessungen festgestellt, dass das für Berlin geplante Funkversorgungsniveau mit dem Erstaufbau nicht erreicht wird. Daher waren umfangreiche Feinjustierungsarbeiten notwendig. Dies ist für Mobilfunknetze nicht ungewöhnlich. Zu großen Verzögerungen haben die Abstimmungen mit dem Bund zur Finanzierung der Feinjustierungsmaßnahmen geführt. So konnte erst im Dezember 2010 eine Finanzierungsteilung erreicht werden. Die ersten konkreten Feinjustierungsmaßnahmen wurden für die Einsatzmaßnahmen rund um den 1. Mai umgesetzt. Der Abschluss der Maßnahmen war für Ende 2011 vorgesehen. Durch weitere Verzögerungen, die nicht durch das Land Berlin zu vertreten sind, wurden die Planungen nicht termingerecht umgesetzt. Die Feinjustierungsmaßnahmen werden nunmehr in 2012 abgeschlossen.

Die Endgeräteausschreibungen und –lieferungen sind im Wesentlichen abgeschlossen. Die Umbaumaßnahmen an den Fahrzeugen sind im vollem Gange bzw. bereits abgeschlossen. Die Schulungen sind ebenfalls fast abgeschlossen.

Die Leitstellenanbindung von Polizei und Feuerwehr wird derzeit optimiert. Ein großes Problem stellt die Einsatzleitzentrale der Polizei dar. Hier wird mit der Polizei nach Lösungen (ggf. auch organisatorischen) gesucht, wobei die Arbeitsplätze der Direktionen, des Verkehrsdienstes und des LKA bereits an den Digitalfunk angeschlossen sind bzw. in Kürze angeschlossen werden.

Das Projekt befindet sich nach wie vor im Finanzbudget. Von den 50,65 Mio. Euro sind rund 37 Mio. Euro abgeflossen.

Kapitel:	05 11 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Olympiapark -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
Maßnahmegruppe 31		123.500	122.500	142.100		94.787,11

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum liegen die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT so weit über dem Veranschlagungswert?

Die Ausgaben sollen durch folgende Maßnahmen nachhaltig gesenkt werden:

- Abschluss der Umstellung auf ITIS im Herbst 2012
- Bereinigung von Buchungsungenauigkeiten nach der Umstellung auf ITIS (konsequente Trennung in verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur und IT-Verfahren)

Die Ausgaben werden aber aus folgenden Gründen überdurchschnittlich bleiben:

- Auf Grund der Standortgröße der Sporteinrichtungen inkl. Sportmuseum fallen allgemein höhere Ausgaben für die Bereitstellung von IT-Arbeitsplätzen an (z.B. Anbindung an das Landesnetz).
- Wegen der Abläufe im Veranstaltungsmanagement der Sporteinrichtungen sind Zugriffe auch nach 20 Uhr und an Wochenenden sicherzustellen.

Das Ressort Inneres und Sport hält insgesamt den Veranschlagungswert ein.

Kapitel:	05 11 Senatsverwaltung für Inneres und Sport -Olympiapark -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	82.500	82.500	96.400	78.747,40	94.787,11

SPD und CDU:

Hier nur als Beispiel für die Fragen Dienstleistungen: 69.600 € für Dienstleistungen bei 16 Computern bedeutet 4.350 € pro Rechner/Jahr? Bitte um Erläuterung als Beispiel für die Kosten pro Computerarbeitsplatz und Verbrauch im Jahr.

Die Ausgaben sollen durch folgende Maßnahmen nachhaltig gesenkt werden:

- Abschluss der Umstellung auf ITIS im Herbst 2012
- Bereinigung von Buchungsungenauigkeiten nach der Umstellung auf ITIS (konsequente Trennung in verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur und IT-Verfahren)

Die Ausgaben werden aber aus folgenden Gründen überdurchschnittlich bleiben:

- Auf Grund der Standortgröße der Sporteinrichtungen inkl. Sportmuseum fallen allgemein höhere Ausgaben für die Bereitstellung von IT-Arbeitsplätzen an (z.B. Anbindung an das Landesnetz).

Wegen der Abläufe im Veranstaltungsmanagement der Sporteinrichtungen sind Zugriffe auch nach 20 Uhr und an Wochenenden sicherzustellen.

Das Ressort Inneres und Sport hält insgesamt den Veranschlagungswert ein.

Kapitel:	05 12 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Olympiapark und Sportforum -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
Maßnahmegruppe 31		131.000	131.000	133.000		128.337,88

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum liegen die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT so weit über dem Veranschlagungswert?

Die Ausgaben sollen durch folgende Maßnahmen nachhaltig gesenkt werden:

- Abschluss der Umstellung auf ITIS im Herbst 2012
- Bereinigung von Buchungsungenauigkeiten nach der Umstellung auf ITIS (konsequente Trennung in verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur und IT-Verfahren)

Die Ausgaben werden aber aus folgenden Gründen überdurchschnittlich bleiben:

- Auf Grund der Standortgröße der Sporteinrichtungen fallen allgemein höhere Ausgaben für die Bereitstellung von IT-Arbeitsplätzen an (z.B. Anbindung an das Landesnetz).
- Wegen der Abläufe im Veranstaltungsmanagement der Sporteinrichtungen sind Zugriffe auch nach 20 Uhr und an Wochenenden sicherzustellen.

Das Ressort Inneres und Sport hält insgesamt den Veranschlagungswert ein.

Kapitel:	05 20 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
81289	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	15.000	60.000	40.000	36.386,51	16.343,74

Bündnis 90/Die Grünen:
Passt die dezentrale Ersatzbeschaffung von Servern zur Serverstrategie des Landes Berlin?

Die Beantwortung der Frage erfolgt im zuständigen Ausschuss für Verfassungsschutz.

Kapitel:	05 20 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
54085	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	135.000	150.000	120.000	--	63.395,20

Bündnis 90/Die Grünen:

Wie sind die Kostensteigerungen von AMANDA, G 10 zu begründen; welche allgemeinen Dienstleistungen sind unter Punkt 6. gemeint?

Die Beantwortung der Frage erfolgt im zuständigen Ausschuss für Verfassungsschutz.

Kapitel:	05 31 – 05 53
	Der Polizeipräsident in Berlin - Behördenleitung und Stab, Direktionen, Landeskriminalamt und Zentraler Service -

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
Maßnahmegruppe 31						

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Warum wurden die Kosten für die verfahrensunabhängige IT vor allem bei 0553 – Zentraler Service – etatisiert?

b) Nach welchem Prinzip wurde die Verteilung auf die verschiedenen Kapitel vorgenommen?

c) Wurde der Veranschlagungswert insgesamt eingehalten?

a) Das Kapitel 0553 beinhaltet die Einnahmen und Ausgaben des Zentralen Services der Berliner Polizei. Die IuK-Abteilung ist ein wesentlicher Teil des Zentralen Service. Darum werden alle für den Standard-Betrieb der polizeilichen IT notwendigen Ausgaben bei 0553 etatisiert.

b) Bei den übrigen Kapiteln werden die darüber hinaus erforderlichen IT-Ausgaben entsprechend dem Bedarf etatisiert.

c) Ja, siehe nachfolgende Tabelle. In dem Veranschlagungsbetrag sind die Ausgaben für Telefonie nicht enthalten.

Art	Anzahl IT-Arbeitsplätze	Istausgaben für verfahrens-unabhängige IT-Infrastruktur	Veranschlagungswert	Ansatz 2012 (ohne Telefonie)	Ansatz 2013 (ohne Telefonie)
Eigenleistung (= 750 € je IT-Arbeitsplatz)	15235	9.799.736,85	11.426.250	9.294.000	10.198.000

Kapitel:	05 43 Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
813 72	Technischer Aufbau einer integrierten Leitstelle LKA	450.000				

Bündnis 90/Die Grünen:
Welche Einsparungen sind an anderer Stelle durch den Aufbau der integrierten Leitstelle an anderer Stelle zu erwarten?

In der Integrierte Leitstelle LKA werden zusammengeführt:

- Leitstelle LKA 2
- Leitstelle LKA 521 Funkleitstelle Personenschutz (neu LKA 66)
- LKA 521 Dauerdienst
- LKA 5 Infostelle
- und die Leitstelle LKA 6310 (Sondereinsatzkommando, mobiles Einsatzkommando).

Neben den grundsätzlichen einsatztaktischen Vorteilen werden durch die Reduzierung der Zahl der Leitstellen Kostenvorteile erreicht.

Kapitel:	05 43 Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 85	Telekommunikationsüberwachung	550.000	550.000	550.000	777.242,84	276.685,15

**Bündnis 90/Die Grünen:
Warum lag das Ist 2011 bei 777.243€?**

Der Ansatz im Bewirtschaftungsjahr 2011 war noch beim Titel 81285 nachgewiesen und verfügte über einen Ansatz von 550.000,-- Euro.

Die Entwicklung der technischen Rahmenbedingungen und der polizeitaktischen Anforderungen und Schwerpunkte für Telefonüberwachungen sind nicht vorhersehbar und der aktuellen Kriminalitätslage – mitunter sehr zeitnah - anzupassen.

Zugunsten der Umsetzung notwendiger technischer Erweiterungen und erforderlicher Peripherie für die TKÜ wurden daher im Rahmen der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung Abweichungsanträge zur Verwendung von Restmitteln aus dem Kapitel des LKA in Höhe von 223.650 € gestellt und zur Verstärkung des Titels 81285 eingesetzt.

Kapitel:	05 43 Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
813 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	885.000	416.000			

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Wo waren die Ausgaben dieses Titels vorher etatisiert?

b) Wie hoch waren die Ist-Zahlen?

c) Wieso werden 40 Notebooks des LKA 6 unter verfahrensunabhängiger IT gelistet?

Die Ausgaben waren bisher bei 0543, Titel 81289 UK 270 veranschlagt. Das Ist 2011 betrug 942.624,36 €. Bei den 40 Notebooks handelt es sich um Geräte, die ausschließlich in Spezialeinheiten des LKA 6 für deren Aufgaben, z.B. zur GPS-Ortung und Spezialanwendungen eingesetzt werden. Deshalb müssen die Geräte über eine besondere Hardwareausstattung verfügen und sind wegen ihres speziellen Einsatzzweckes aus hiesiger Sicht nicht der verfahrensunabhängigen Infrastruktur zuzuordnen.

Kapitel:	05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige luK-Technik	3.122.000	3.122.000	2.503.000		2.946.451,70

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum wird in der Begründung eine Senkung der Ausgaben begründet, obwohl die Ausgaben deutlich steigen?

Die Begründung ist im Kontext mit der Aufteilung des bisherigen Titels 54060 (auf die Maßnahmegruppe 31 verfahrensunabhängig und 32 verfahrensabhängig) und somit auf die zwei Titel 54060 (verfahrensunabhängig) und 54085 (verfahrensabhängig) zu sehen.

Fasst man beide Titel zusammen, sinken die Ausgaben von insgesamt rd. 20,7 Mio. € in 2011 auf rd. 18,7 Mio. € in 2012.

Daraus resultierend sind auch beim Titel 54060 im direkten Vergleich zum Ansatz im Haushaltsplan 2010/11 weniger Mittel veranschlagt.

Kapitel:	05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	15.539.000	15.539.000	18.192.000		15.738.751,0

Bündnis 90/Die Grünen:

- a) Welche Speziellen Maßnahmen aufgrund der Einführung des Digitalfunks benötigen jährlich 300.000 Euro?**
b) Warum war das Ist in 2010 so gering, obwohl der Digitalfunk bereits eingeführt war?
c) Wie hoch war das Ist für 6. in 2011?

a) Es handelt sich im Wesentlichen um Ausgaben für ein E-Learning-System und die Betriebskosten der Leitstellenanbindung.

b) Diese Kosten sind nicht mit Beginn der Einführung des Digitalfunks entstanden, sie entstanden bzw. entstehen noch sukzessive im Rahmen des Projektfortschritts bzw. sind Betriebskosten.

c) Das Ist 2011 für das iBMS (integrierte Bildungsmanagementsystem) betrug 84.952,94 €.

Kapitel:	05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
813 67	Server verfahrensabhängig	1.020.000	666.000			

Bündnis 90/Die Grünen:
Wie passt die Erneuerung des Rechenzentrums zur Serverstrategie des Landes Berlin?

Bei diesem Titel werden die Erneuerungsbeschaffungen der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur, insbesondere der Server und Datenhaltungs- und Speichersysteme, für polizeiliche Verfahren veranschlagt. Es entspricht der bisherigen Strategie, sensible und hochverfügbare Serveranwendungen in einem auf drei Standorte dislozierten Rechenzentrum bei der Polizei als BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) zu betreiben. Dies sind u.a. die Verfahren ELZ (Einsatzleitzentrale mit Notrufannahme 110), E-Post, diverse LKA-Anwendungen, PuZMan (Personal- und Zeitmanagement). Server und Infrastruktur werden in der Regel aus Rahmenverträgen des ITDZ beschafft. Insoweit besteht eine strategische Zusammenarbeit mit dem ITDZ

Kapitel:	05 53 Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
81371	Erstreckung Personal- und Zeitmanagement (PuZMan)	319.000		586.000	431.675,07	889.625,32

Bündnis 90/Die Grünen:

Wie verträgt sich PuZMaN mit dem Projekt zur Einführung eines elektronischen Dienstaussweises im LABO?

Bei PuZMan handelt es sich um ein auf polizeiliche Bedürfnisse abgestimmtes IT-Verfahren zur Personalsteuerung und Zeiterfassung mit Dienstvorausplanung sowie einer elektronischen Erfassung der Arbeitszeiten. Die Buchung erfolgt mit dem derzeitigen Dienstaussweis über Zeiterfassungsterminals. Diese Zeiterfassungsterminals sind grundsätzlich kompatibel zu unterschiedlichen Medien (Magnetstreifen, Chip, Transponder u.a.).

Kapitel:	05 59
	Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
Maßnahmegruppe 31		35.400	35.400	35.400	35.400	35.400

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rund 13.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

Der Betrieb der IT in dem gemeinsamen Lagezentrum ist auf Grund der örtlichen Besonderheiten ausgabenintensiver als sonst bei der Polizei.

Die Berliner Polizei hält insgesamt den Veranschlagungswert ein.

Kapitel:	05 65 Berliner Feuerwehr - Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
Maßnahmegruppe 31		4.060.500	4.973.500	3.387.000		3.627.062,15

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rund 50.000 Euro (2012) bzw. 250.000 (2013) über dem Veranschlagungswert?

Ein Großteil der bei der Berliner Feuerwehr eingesetzten Arbeitsplatz-PC wird entsprechend der Arbeitsweisen der Feuerwachen rund um die Uhr betrieben und unterliegen damit einem erhöhten Verschleiß.

Die Anzahl der IT-Arbeitsplätze hat sich gegenüber der als Berechnungsgrundlage dienenden Menge (1.179) aus dem Jahre 2010 auf 1.259 in 2011 erhöht, da immer mehr Informations- und Schulungsportale über das Intranet der Feuerwehr abgerufen werden müssen und den Einsatzkräften entsprechende Arbeitsplätze zu Verfügung gestellt werden müssen.

In die Ansätze für die Jahre 2012 und 2013 sind Investitionsmaßnahmen einbezogen worden, die nur indirekt mit der verfahrensunabhängigen IT- Infrastruktur zu tun haben. So ist der Titel 81264 – Erneuerung von Fernmeldehausnetzen- für die Sanierung von passiven Gebäudeverkablungen (strukturiertes Hausnetz nach Cat 6) geplant. Der Titel 81267 – Erweiterung der Übertragungstechnik- ist für das BOS*- Sicherheitsnetz vorgesehen, dass die physikalische und technische Basis für die überwiegenden TDM- Verfahren (Time Division Multiplexing) für den Digitalfunk und weitere BOS- Anwendungen darstellt.

Die Investitions-Titel 81264 und 81267, die der Maßnahmegruppe 31 zugeordnet sind, fallen bei der Berliner Feuerwehr und Polizei an, die für sich ein gesondertes BOS*-Sicherheitsnetz betreiben. Bei anderen Verwaltungen und Behörden fallen diese Ausgaben nicht an.

*BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Kapitel:	05 65 Berliner Feuerwehr - Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	170.000	170.000	170.000	696.185,41	43.218,33

Bündnis 90/Die Grünen:
Wozu wurden hier in 2011 knapp 700.000 Euro ausgegeben?

Der ursprüngliche Ansatz von 190.000 € im Haushaltsplan 2011 wurde im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2011 durch interne Mittelverlagerung erhöht, um priorisierte Maßnahmen der Feuerwehr zu finanzieren.

Ausgaben:

Ca. 326.000 € für die Dienstplanungssoftware PlaSma*

Ca. 130.000 € Netz-Managementsystem im BOS- Sicherheitsnetz

Ca. 70.000 € für Monitorträgersystem

Ca. 170.000 € für Migration der Funktechnik zum BOS-Digitalfunk z.B. Mehrfachbediensysteme u.a.

* PlaSma = Planungssoftware für Mitarbeiter / BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Kapitel:	05 65 Berliner Feuerwehr - Service -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	1.170.000	1.170.000	1.277.000		727.151,05

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Wie hoch ist der Anteil der aus 54060 verlagerten Mittel?

b) Wieso schwanken die Kosten für Lizenzen usw. für PlaSMa so stark?

c) Wie erklären sich die unterschiedlichen Betriebskosten für den Digitalfunk in 2012 und 2013?

d) Wieso liegt das Ist für IGNIS (Software- und Unterstützungsvertrag und Datenbanksoftware Oracle) 2012 und 2013 deutlich über dem Ist 2010? Wie hoch war das Ist 2011 hierfür?

e) Was verbirgt sich unter dem letzten Spiegelstrich genau und warum sind die Ansätze dafür soviel höher als das Ist 2010?

a) Die im HHPL-Entwurf angegebenen IST-Ausgaben in 2010 sind durch die nachträgliche Aufteilung auf die Maßnahmengruppen 31 und 32 im Aufstellungsverfahren nicht ganz korrekt zugeordnet. Der Anteil, der aus Titel 54060 zum Titel 54085 verlagerten Mittel beträgt ca. 60 %.

b) In 2013 fallen für PlaSMa* Pflege- und Wartungskosten an, die in 2012 aufgrund der Gewährleistung noch nicht entstehen.

c) Das Land Berlin hat sich am 01.07.2007 mit der Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunks für BOS* bereit erklärt, sich an den Gemeinausgaben zu beteiligen. Diese Ausgaben werden durch den Wirtschaftsplan der BDBOS* angezeigt und müssen durch die BOS- Organisationen des Landes Berlin (Polizei/ Feuerwehr) getragen werden. Diese Kostenposition ist durch die Berliner Feuerwehr nicht beeinflussbar.

d) Die im HHPL-Entwurf angegebenen IST-Ausgaben in 2010 sind durch die nachträgliche Aufteilung auf die Maßnahmengruppen 31 und 32 im Aufstellungsverfahren nicht ganz korrekt zugeordnet.

Die korrekten IST- Ausgaben betragen in 2010 für:

- Software- und Unterstützungsverträge IGNIS* = 320.110 €
- zuzüglich Erweiterte Dienstleistungen IGNIS = 116.000 €
(irrtümlicher Weise wurden diese Ausgaben vorher im Titel 51143/260 nachgewiesen).
- Datenbanksoftware Oracle IGNIS (IST 2010/2011) = 142.000 €

Damit ändern sich die Ansätze in 2012 und 2013 nur marginal gegenüber den IST- Ausgaben 2010.

Für die kommenden Jahre ist eine jährliche Steigerung der Wartungskosten um 3 % angekündigt worden.

e) Der Ansatz von 32.000 € ist seit 2010 gleich geblieben. Die im HHPL-Entwurf angegebenen IST-Ausgaben in 2010 sind durch die nachträgliche Aufteilung auf die Maßnahmengruppen 31 und 32 im Aufstellungsverfahren nicht ganz korrekt zugeordnet. Darunter fallen zum Beispiel: Simulationssoftware Brandgeschehen KOSMAS* und STRES*, Yade*, Unterrichtsplanung u.a..

PlaSMa = Planungs-Software für Mitarbeiter / IGNIS = Einsatzleitsystem der Berliner Feuerwehr / BDBOS = Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben / CIS- KOSMAS und Stres = PC-gestützte Systeme zur bundeseinheitlichen Brand- und Feuerwehrstatistik / Stres = System zur Auswertung und Analyse der statistischen Brandinformationen / CIS- KOSMAS – Computer Imitationssystem zur Modellierung verschiedenartiger Planungsszenarien / Yade- Leitungsführungs- und Verwaltungsprogramm des ITDZ

Kapitel:	05 65 Berliner Feuerwehr - Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 63	Erneuerung der dezentralen Komponenten des Leitstellen- systems IGNIS	250.000	235.000	100.000	114.620,80	101.008,80

**Bündnis 90/Die Grünen:
Bereitstellung der Planungsunterlagen.**

Die Planungsunterlagen vom 08.06.2011 liegen bei der Berliner Feuerwehr vor. Wegen der darin enthaltenen sicherheitsrelevanten Daten wird eine Einsichtnahme vorort angeboten.

Kapitel:	05 65 Berliner Feuerwehr - Service -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
813 65	Telemetriedatenübermittlung und Ortung von Einsatzkräften	40.000	800.000			

**Bündnis 90/Die Grünen:
Bereitstellung der Planungsunterlagen.**

Die Planungsunterlagen vom 06.06.2011 liegen bei der Berliner Feuerwehr vor. Wegen der darin enthaltenen sicherheitsrelevanten Daten wird eine Einsichtnahme vorort angeboten.

Kapitel:	05 71 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
Maßnahmegruppe 31		538.900	638.900	404.000	718.189,66	692.081,52

Bündnis 90/Die Grünen:

Warum sind die Ansätze 2012 und 2013 für die verfahrensunabhängige IuK ca. fünf mal so hoch wie der Veranschlagungswert wodurch sich rd. 4000 Euro pro Arbeitsplatz ergeben (in den Fachabteilungen des LABO finden sich keine entsprechend niedrigeren Ansätze entsprechend dem Zentralen Service der Polizei zu den einzelnen Direktionen)?

Das Leitungskapitel beinhaltet nicht nur die Kosten für 129 IT-Arbeitsplätze sondern sämtliche Kosten für PC und Peripherie der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur der Kapitel 0571, 0572, 0573 und 0575. Das bedeutet, aus dem Ansatz des Titels 51143 werden weitere 823 IT-Arbeitsplätze bewirtschaftet.

So wurden bis 2011 die nachfolgenden Ausgaben in den jeweiligen Kapiteln nachgewiesen, die ab 2012 keine Ansätze mehr nachweisen.

im Kap. 0572 = 50.000 €

im Kap. 0573 = 100.000 €

im Kap. 0575 = 10.000 €

Kapitel:	05 71 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
511 43	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	359.000	282.000	186.000	50.940,19	234.306,53

SPD und CDU:
Was sind die Gründe für den Unterschied in den Ansätzen?

Die jährlichen Unterschiede in den Ansätzen beziehen sich jeweils auf Ersatzbeschaffungen nach einer Einsatzdauer von 5 Jahren für PC, Drucker, Monitore, Notebooks und Präsentationstechnik. Da diese zu unterschiedlichen Zeiten stattfinden, kommt es innerhalb des Planungszeitraumes zwangsläufig zu erheblichen Schwankungen bei den Ansätzen.

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum stimmt der Ansatz 2011 nicht mit dem Ansatz in der Ist-Liste 2011 überein, wie hoch war das Ist 2010/2011 für die Leitung wirklich? Wie erklären sich die hohen und sehr unterschiedlichen Ansätze 2012/13 auch im Vergleich zum Ist 2010 und Ansatz 2011?

Der Ansatz beträgt im Haushaltsplan 2011 86.000 €. Offensichtlich ist bei der Datenübertragung in den Haushaltsplanentwurf 2012/2013 der Ansatz fehlerhaft um 100.000 € erhöht worden.

In 2011 betrug das Ist für die Leitung 50.940 €, wobei im Kapitel der Leitung nunmehr sämtliche Ausgaben für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände der Kapitel 0571, 0572, 0573, 0575 und 0576 veranschlagt sind.

Kapitel:	05 71 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	164.000	164.000	153.000	555.018,95	377.900,52

Bündnis 90/Die Grünen:

Erläuterung der veränderten Ansätze im Vergleich zum Ist 2010.

a) Warum wurden hier in 2011 555.019 € verausgabt?

b) Warum steigen die Kosten für die Telekommunikation so enorm?

Ab 2012 erfolgt die Veranschlagung der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur bei Titel 540 85 in den Kapiteln 0572, 0573, 0574.

a) Für den zentralen Betrieb der Fachverfahren des LABO (HarVe) entstanden 2011 gegenüber dem ITDZ Ausgaben i.H.v. 271.447,12 €, die zum Zeitpunkt der HHPL Erstellung 10/11 in dieser Größenordnung noch nicht voraussehbar waren. Sie stehen im Zusammenhang mit notwendigen Erweiterungen aller Fachverfahren im LABO.

b) Die Ansätze bei den Kapiteln 0571 und 0572 für die Telekommunikation wurden versehentlich vertauscht. Die Erhöhung des Ansatzes im Kapitel 0572 ergibt sich aus der Zusammenlegung der Kapitel 0572 und 0576.

Kapitel	Titel	Geplanter Ansatz	Vorsehentlich veranschlagt
0571	54060	26.000	84.000
0572	54060	84.000	26.000

Kapitel:	05 71 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik		177.000	49.000	98.949,30	66.000,00

Bündnis 90/Die Grünen:
Welche Softwarelizenzen werden hier aktualisiert?

Es handelt sich hierbei um die Aktualisierung des Betriebssystems Windows XP nach Windows 7, da ab dem Jahr 2014 das Betriebssystem XP von Microsoft nicht mehr unterstützt wird.

Kapitel:	05 72 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
Maßnahmegruppe 31		231.500	231.500	4.693.300		219.984,27

Bündnis 90/Die Grünen:

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 34.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

Die Erhöhung der Ausgaben hat zwei Ursachen. Hauptsächlich sind sie auf das Standesamt I zurückzuführen. Das Standesamt I war bis zum Jahr 2011 ein eigenständiges Kapitel 0576.

- landesweite Einführung von Flatrates für den Standardnetzzugang
Im Rahmen der landesweiten Einführung von Flatrates für den Standardnetzzugang im Jahr 2009 teilte das ITDZ mit, dass das LABO zu einem der wenigen Kunden im Land Berlin gehöre, bei denen die Einführung zu einer Kostensteigerung führen würde. Dies ist vor allem darin begründet, dass das LABO mehrere kleinere Standorte unterhält (u.a. DG Schönstedtstraße). Aus diesem Grund hat das ITDZ dem LABO für einen Übergangszeitraum Sonderkonditionen eingeräumt, die nun abgelaufen sind.
- Redesign des lokalen Netzes und Wegfall der Sonderkonditionen des Standesamtes I
Aufgrund der gehäuften Ausfälle in den lokalen Netzen wurden diese vom ITDZ modernisiert und redundant ausgelegt. Dies führte zu einer Kostensteigerung, welche im Bereich des Standesamtes I besonders ins Gewicht gefallen ist, da es sich einerseits um einen vergleichsweise kleinen Standort handelt und zudem im gleichen Zeitraum der Vertrag mit den extrem günstigen Sonderkonditionen des Standesamt I auslief. Die Preise wurden im Rahmen des Neuvertrages zum Redesign der lokalen Netze an die marktüblichen Preise angepasst.

Kapitel:	05 72 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	3.092.000	2.994.000			2.618.876,60

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Wie erklären sich die Kostenschwankungen bei Betrieb, Wartung und Pflege der EWW Portale PAB und IASP?

b) Wie erklärt sich die Kostensteigerung für Betrieb, Wartung und Pflege FV Autista? Wie hoch war die Rechnung 2011?

c) Wie erklärt sich die Kostensteigerung für Betrieb, Wartung und Pflege FV ODiS I? Wie hoch war die Rechnung 2011?

a) Das LABO stellt aktuell die Portalsysteme um und erweitert das Angebot um die bisher nicht als Onlineabfrage mögliche einfache Melderegisterauskunft. Diese wird unter „berlin.de“ bereitgestellt. Nachfolgend werden die beiden bestehenden gesonderten Portalsysteme für private Großkunden (IASP = Internet-Auskunfts-Server für Private) und für Behörden (PAB = Portal für Auskünfte an Behörden) sukzessive durch eine einheitliche Grundlage (OLMERA = Online-Melderegister-Auskunft) ersetzt. Künftig besteht für das IT-Verfahren EWW (= Einwohnerwesen) und die daran angebotenen Auskunftsportale eine einheitliche Basis bezogen auf Hersteller, Wartungs- und Pflegeverträge und verfahrensabhängige IT-Infrastruktur. Die bisherigen Systeme werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2012 abgelöst. Bis zur Außerbetriebnahme müssen die Bestandssysteme parallel zum Aufbau des neuen Portalsystems betrieben und gepflegt werden. Daher besteht für 2012 eine Überschneidung bezüglich der Wartung und Pflege sowie der Ausgaben für den Betrieb.

Ansatz	Ansatz	Für die Maßnahme im HHPL 2011 veranschlagte Mittel	Ist	Ist (Rest/R)
2012	2013	2011	2011	2010
318.000 €	205.000 €	488.000 €	279.693 €	276.333,36 €

Die geringe Ist-Auslastung in 2011 gegenüber dem Ansatz 2011 resultiert aus der Position „Weiterentwicklung“. Hierfür sind keine Ausgaben entstanden, da dies durch die Einführung eines anderen Portalsystems in 2012 ersetzt wird.

b) In Vorbereitung auf die Einführung des Berliner Personenstandsregisters erfolgte eine Umstellung auf die zentrale Betriebsumgebung im ITDZ. Die Betriebsausgaben für die zentrale Betriebsumgebung waren vorher nicht bekannt. Mit der Haushaltsanmeldung 2012/2013 werden nunmehr die tatsächlichen Ausgaben für die Betriebsausgaben abgebildet.

Weitere Kostensteigerungen ergeben sich aus betrieblich erforderlichen Änderungen in Bezug auf sicherheitsrelevante Aspekte des Verfahrensbetriebes, z.B. der Bereitstellung von Online-Urkundenanträgen im Zusammenhang mit der Integration in HarVe. Ferner sind ab 2012 Preissteigerungen bei den Lizenzen für das AutiSta-Grundsystem und den Lizenzen für die elektronischen Formulare vom Hersteller angekündigt bzw. realisiert worden. Im Zusammenhang mit der Einführung von XPersonenstand kommen weitere Pflegeaufwände für die Bereitstellung dieses XÖV-Standards (= Datenaustauschstandard für die öffentliche Verwaltung) hinzu. Weitere Ausgabensteigerungen sind durch die geforderte Einführung einer Schnittstelle zwischen AutiSta (Automation im Standesamt) und dem Berliner Haushaltsprogramm ProFiskal zu erwarten.

Ansatz	Ansatz	Für die Maßnahme im HHPL 2011 ver- anschlagte Mittel	Ist	Ist (Rest/R)
2012	2013	2011	2011	2010
385.500 €	385.500 €	230.000 €	375.883,87 €	254.753,92 €

c) Der Mehrbedarf für den Betrieb von ODiS I (= Online-Datenbank beim Standesamt I) ergibt sich aus der Umsetzung von zusätzlichen Funktionalitäten für die Absicherung des Zugriffs auf das IT-Verfahren. Diese Maßnahmen haben sich aus den Anforderungen des Sicherheitskonzeptes ergeben und waren in dieser Form von Seiten des Einführungsprojektes ProPStand (= Die Reform des Personenstandswesens in Berlin) nicht vorhergesehen worden. Ohne die Umsetzung konnte jedoch eine betriebliche Freigabe nicht erfolgen und das Land Berlin hätte seiner Verpflichtung nach dem Personenstandsgesetz nicht nachkommen können.

Die Ansätze 2012 und 2013 stellen die nunmehr erforderlichen betrieblichen Aufwendungen dar.

Ansatz	Ansatz	Für die Maßnahme im HHPL 2011 ver- anschlagte Mittel	Ist	Ist (Rest/R)
2012	2013	2011	2011	2010
285.000 €	245.000 €	-	234.894,12 €	39.831,55 €

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanes 2010/2011 waren die Folgen der in 2009 vollzogenen Änderungen des Personenstandsreformgesetzes nicht absehbar. Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten musste allerdings kurzfristig Vorsorge für die Bereitstellung der Online-Datenbank im Standesamt I treffen. Dies war unbedingt erforderlich, weil dann im Projekt ProPStand, als erste Maßnahme der Umsetzung zur Modernisierung des Personenstandswesens die Bereitstellung der Online-Datenbank im Standesamt I realisiert sein musste. Die Bildung eines gesonderten Ansatzes für den Betrieb von ODiS I für das Jahr 2011 war vor dem Hintergrund dieser Entwicklung nicht rechtzeitig möglich gewesen. Da ODiS aus der Notwendigkeit der Umsetzung des Personenstandsreformgesetzes entstand, erfolgte die Finanzierung 2011 aus diesen Investitionen (0572 / 81262).

Es bleibt festzustellen, dass das Land Berlin mit der Bereitstellung und dem Betrieb von ODiS I seinen bundesrechtlich vorgeschriebenen Verpflichtungen gemäß dem Personenstandsgesetz nachgekommen ist.

Kapitel:	05 73 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	1.472.000	1.472.000			

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Wie erklärt sich die Steigerung der Druckkosten durch den Service des ITDZ?

b) Welche Kosten werden dadurch an anderer Stelle eingespart?

c) Wodurch erklären sich enorme Kostensteigerungen bei den vertraglichen Verpflichtungen unbarer Zahlungsverkehr-Miete, Transaktionen, Autorisierung, ePaymentdienste?

a) Zunächst wurde das Schriftgut der Abteilung Kraftfahrzeugangelegenheiten, Referat III B im ITDZ über eine einfache Druckstraße bearbeitet. Die Druckkostenerhöhung begann in 2011 mit der Einführung des neuen Verfahrens Output Management System Arbeitsplatzdruck (=OMS/APD) in den Referaten III B und III C. Hierbei werden die Schreiben/Bescheide am jeweiligen Arbeitsplatzcomputer gefertigt, als Pakete zusammengestellt und dem ITDZ übersandt. Die Nutzung des OMS-Dienstes ist erforderlich, um die Mitarbeiter in den Referaten III B und III C von den händischen Arbeiten zu entlasten, damit die Zeit für Bedienung des Publikums bzw. Bearbeitung der Vorgänge genutzt werden kann.

Die Ist-Ausgaben für den Druck 2011 betrugen 109.726,52 €.

b) Einsparungen werden dadurch bei 0573/51101 (Geschäftsbedarf) erbracht. Es entfallen dort die Kosten für Papier, Porto und Kuverts, da diese nunmehr aus 0573/54085 beglichen werden.

c) Die Differenz in Höhe von rd. 37.675 € in der Position „vertragliche Verpflichtungen unbarer Zahlungsverkehr-Miete, Transaktionen, Autorisierung, ePaymentdienste“ vom Ist 2010 zum Ansatz 2012/13 resultiert daraus, dass diese Produkte bis 2011 bei dem Titel 54033 nachgewiesen wurden.

Das Ist 2011 für 54033 betrug 39.198,96 €.

Kapitel:	05 73 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 61	Ersatz der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur für das IT-Fachverfahren KVA	3000.000	111.000	293.000	284.047,72	213.089,94

Bündnis 90/Die Grünen:
Entspricht das DMS den Kriterien des Auflagenbeschlusses zum Doppelhaushalt 2010/11 zu DMS?

Im Rahmen der Projektdurchführung werden die aktuellen Kriterien berücksichtigt.

Die Linke:
Erläuterung der Erklärung „Im Haushaltsjahr 2012 sind die Teilausgaben in Höhe von 44.000 Euro für die Einführung eines DMS gesperrt“ sowie Mehrausgaben wegen Einführung eines DMS.

Die Sperre wurde in Umsetzung des Aufstellungsroundschreibens der Senatsverwaltung für Finanzen vom 20.12.2010 Nr. III 6.3 angebracht:

„III 6.3 Ausgaben für die DMS-Entwicklungen

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 10.12.2009 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird beauftragt, zusammen mit den Bezirken einheitliche, verbindliche DMS-Standards festzulegen. Ab dem Haushalt 2012/13 sind nur Mittel für DMS-Entwicklungen bereitzustellen, die diesen Standards entsprechen. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 01. Oktober 2010 über die Entwicklung der DMS-Standards zu berichten.“

Mittel für die Veranschlagung von DMS-Entwicklungen werden mit folgendem Sperrvermerk versehen:
„Die Ausgaben in 2012 sind mit einem Teilbetrag für DMS-Entwicklungen in Höhe von xx EUR gesperrt.

Die Ausgaben in 2013 sind mit einem Teilbetrag für DMS-Entwicklungen in Höhe von xx EUR gesperrt.“

Da es sich hierbei um eine neue Maßnahme handelt, kommt es zu Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr.

Kapitel:	05 74 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	552.000	552.000	1.723.000		2.458.360,40

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Was ist unter ITIS verfahrensabhängig im Unterschied zu den Ausgaben unter 54060 zu verstehen?

b) Wie erklärt sich die Kostensteigerung für das elektronische Behördenpostfach?

c) Wie hoch war die Rechnung 2011 hierfür?

a) Grundsätzlich gehört ITIS zu den verfahrensunabhängigen Maßnahmen. Jedoch ist es so, dass alle Leistungen, die nicht zum Standard-IT-Arbeitsplatz der Berliner Verwaltung zählen, sondern ihren Grund in den genutzten Fachverfahren des jeweiligen Bereiches haben, als verfahrensabhängig zu deklarieren sind. Für den Bereich Ausländerangelegenheiten sind das insbesondere ein zweiter Monitor und entsprechende Softwareapplikationen. Der zweite Monitor wurde mit Einführung der elektronischen Akte eingeführt und ersetzt die Papierakte, über ihn wird in den jeweiligen Anwendungen (Fachverfahren Officeanwendungen) gearbeitet.

b) Bis heute betreibt die Abt. IV des LABO (Ausländerangelegenheiten) zwei EGVP-Postfächer (Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach):

- Ein Postfach für die Übersendung elektronischer Akten an die Einbürgerungsbehörden, die Verwendung erfolgt zentral von einem Beschäftigten der Abteilung. Hier entstehen Ausgaben i.H.v. 199 € im Monat.
- Ein weiteres Postfach für die Beteiligung der Sicherheitsbehörden, das zentral von den Anwenderbetreuern verwendet wird. Es entstehen monatliche Ausgaben i.H.v. 99 €. Diese fallen geringer aus, da der Vertragsabschluss zu früheren Zeiten geschlossen wurde und das Verfahren bislang nur im Testsystem läuft.

Die Ausgabensteigerung aus dem Ansatz für 2012 i.H.v. 43 T€ resultiert aus der regulären Ausweitung auf alle Sachgebiete und sonstige im Haus mit der Versendung von eAkten oder anderen Informationen über das EGVP betrauten Arbeitsgebiete in einem Umfang von insgesamt 18 Postfächern.

Insbesondere der Versand von eAkten an Rechtsanwälte über EGVP ist ein noch nicht realisierter Prozess. Dieser lässt sich allerdings nicht zentral für die gesamte Abteilung organisieren, da auf die EGVP -Postfächer nicht konkurrierend zugegriffen werden kann:

Daher ist die Einrichtung von Sachgebietspostfächern unumgänglich.

c) Das Ist 2011 betrug 2.388 €.

Kapitel:	05 74 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	850.000	100.000			

**Bündnis 90/Die Grünen:
Vorlage der Planungsunterlagen.**

Diese Maßnahme wurde bis 2011 beim Titel 81289 wie folgt nachgewiesen.

Ansatz	Ansatz	Für die Maßnahme im HHPL 2011 ver- anschlagte Mittel	Ist	Ist (Rest/R)
2012	2013	2011	2011	2010
-	-	50.000	0	0

Haushaltsanmeldung für 2012/2013 – Maßnahme im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Wahlmanagement

Der Senat hat zur Haushaltsplananmeldung für die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) in der Ausländerbehörde Vorsorge zur Bereitstellung zwingend erforderlicher verfahrensspezifischer Hard- und Software getroffen. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung konnte der Senat nicht absehen, dass die entsprechenden Komponenten durch die Bundesdruckerei kostenfrei beigestellt werden. Ersatzweise soll innerhalb des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten eine andere Investitionsmaßnahme vorgezogen werden.

Die derzeitigen Verfahrensweisen und die eingesetzten Werkzeuge für die Vorbereitung von Wahlen und Abstimmungen wurden im Rahmen einer Vorstudie kritisch analysiert und erhebliche Verbesserungspotenziale identifiziert. Hinzu kommt, dass im Rahmen aktueller politischer Bemühungen um verstärkte Ansätze „partizipativer Demokratie“ die Bürgerinnen und Bürger stärker durch Volks- und Bürgerentscheide in die politischen Entscheidungen eingebunden sind bzw. diese Einbindung selbst einfordern. Die entsprechenden Initiativen reichen von der Ebene der EU bis zu Einzelfragestellungen auf kommunaler Ebene. Diese Entwicklung bedarf auf Seiten der Verwaltung eine Veränderung der bisherigen etablierten Vorgehensweisen, Methoden und Verfahren. In diesem Zusammenhang sollen auch Entwicklungen, wie sie u.a. durch die Einführung des elektronischen Personalausweises mit der eID-Funktion entstanden sind (z. B. Möglichkeit der elektronischen Unterschriftenerfassung für die Unterschriftensammlung bei Bürger- und Volksbegehren) aufgegriffen werden. Die Maßnahme ist veranschlagungsreif. Es liegen entsprechende Konzept- und Planungsdokumente vor (Machbarkeitsuntersuchung Ablösung Wahlinfo durch MESO (30 Seiten); Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Machbarkeitsuntersuchung anhand WiBe 4.1 (39 Seiten); Projektskizze Wahlmanagement in Berlin (23 Seiten)).

Die Maßnahme hat folgende Umfänge:

- Planungs- und Entwicklungskosten (Systemkosten, Lizenzen, Projektkosten) rd. 734.000,- €
- Folgekosten/laufende Betriebskosten (jährlich ab 2013 für Wartung und Pflege, verfahrensabhängige Infrastruktur) 184.000,- €.

Kapitel:	05 75 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	275.000				

**Bündnis 90/Die Grünen:
Vorlage der Planungsunterlagen.**

Zwischenzeitlich hat sich eine zwingende Änderung der Zweckbindung ergeben. Die Erläuterungen müssten aus nachfolgendem Grund neu formuliert werden.

Nach Aufstellung des HH-Plans mussten diese I-Mittel kurzfristig anderweitig verplant werden. Grund ist, dass das ITDZ unerwartet und unvorhersehbar angekündigt hat, das für die Auszahlung der Entschädigungsrenten notwendige Fachverfahren in der bisherigen Form (Großrechner) nicht mehr zu betreiben. Daher musste das Verfahren kurzfristig (innerhalb eines Jahres) migriert werden. Anderenfalls wäre der Dienstbetrieb in der Entschädigungsbehörde nicht mehr möglich gewesen. Eine Planungsunterlage konnte in Folge dieser Kurzfristigkeit nicht mehr erstellt werden, die Notwendigkeit zur Migration war alternativlos. Durch die Abschaltung des Großrechners im ITDZ wird dort jedoch ein Millionenbetrag eingespart. Entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnungen liegen dort vor. Dies gilt auch für die nunmehr durchgeführte Migration.

Die Kosten betragen 266.000 €

Kapitel:	05 85
	Landesverwaltungsamt

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
		106.				
Maßnahmegruppe 31		106.000	106.000	248.400		355.387,90

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 17.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

b) In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?

a) Im gesamten LVwA wird der Betrieb der hauseigenen IT ab 2012 von Eigen- auf Fremdleistung (ITIS) umgestellt. Die veranschlagten Mittel für ITIS beruhen auf dem Angebot des ITDZ für das gesamte LVwA. Entsprechend der im LVwA vorhandenen IT-Arbeitsplätze in den einzelnen Leistungs- und Verantwortungszentren wurde der Betrag auf die Kapitel 0585 bis 0588 aufgeteilt. Das Ressort Inneres und Sport hält insgesamt den Veranschlagungswert ein.

b) per 31.12.2011 eingesparte Personalmittel:

0585/42201 – 229.175 €

0585/42801 – 125.629 €; gesamt: 354.804 €

Kapitel:	05 86 Landesverwaltungsamt - Logistikservice -
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
Maßnahmegruppe 31		87.200	87.200	52.400		23.411,64

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 12.500 Euro über dem Veranschlagungswert?

b) In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?

Siehe hierzu die vorstehende Antwort zum Kapitel 0585 (Maßnahmegruppe 31).

Kapitel:	05 87 Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - Personalverwaltung
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
Maßnahmegruppe 31		251.000	251.000	5.151.600		6.006.558,20

Bündnis 90/Die Grünen:

a) Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 43.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

b) In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behördeneigenes Personal abgebaut?

Siehe hierzu die vorstehende Antwort zum Kapitel 0585 (Maßnahmegruppe 31).

Kapitel:	05 87 Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - Personalverwaltung
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	5.677.000	5.677.000	5.677.000		4.020.045,20

Bündnis 90/Die Grünen:

Welche enormen Leistungen von SAP stehen den mehr als verdreifachten Kosten für die Wartungsverträge für IPV von 1.684.800 € gegenüber?

Für das IPV-Verfahren muss abschließend in 2012 ein Releasewechsel durchgeführt werden, da das bisherige SAP R/3 System durch die Firma SAP nicht mehr gewartet wird. Die dafür zwingend erforderlichen SAP ERP Lizenzen wurden bereits in 2010 beschafft. Die Firma SAP hat ihr Nutzerkonzept (erlaubtes Verhältnis Limited User zu Professional User) grundlegend geändert, dadurch entstanden höhere Lizenzkosten, die sich als Folge auch auf die neuen Wartungskosten auswirken (prozentuale Abhängigkeit vom Kaufpreis der neuen Lizenzen).

In seiner Sitzung am 24.11.2010 hat der Hauptausschuss die Vertragsabschlüsse für den Lizenzerwerb und die Lizenzpflege zustimmend zur Kenntnis genommen und Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2011 bis 2017 für die Pflege der SAP Software zugestimmt.

Neben den Wartungskosten für SAP enthält der Ansatz u. a. auch die Wartungskosten für die Oracle-Datenbanklizenzen (rd. 162.000 €).

Kapitel:	05 88 Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice – Versorgung und Beihilfe
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	(Stand: 01.02.12) 2011	2010
Maßnahmegruppe 31		569.000	569.000	222.400		158.567,27

Bündnis 90/Die Grünen:
Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 98.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

Siehe hierzu die vorstehende Antwort zum Kapitel 0585 (Maßnahmegruppe 31).

Kapitel:	05 88 Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice – Versorgung und Beihilfe
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IuK-Technik	569.000	569.000	164.400		149.355,90

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Kosten für verfahrens-unabhängige IT haben sich (ohne Telefonie) durch die Einführung von ITIS vervierfacht. In welchem Maße wurde oder wird in Gegenleistung zu ITIS behörden-eigenes Personal abgebaut?

Siehe hierzu die vorstehende Antwort zum Kapitel 0585 (Maßnahmegruppe 31).

Kapitel:	05 88 Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice – Versorgung und Beihilfe
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	352.000	442.000	452.000		440.295,58

Bündnis 90/Die Grünen:
Wie erklären sich die Schwankungen bei den Rechenzentrum-/Druckdienstleistungen (ITDZ)?

Die Ausgaben für die Druckdienstleistungen sind von der Menge der gestellten Anträge, Widersprüche und möglicher Gesetzesänderungen abhängig und damit nur bedingt steuerbar. Die Veranschlagung erfolgte aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre.

Kapitel:	06 11 Generalstaatsanwaltschaft
----------	--

MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK-Technik

Art	Anzahl IT-Arbeitsplätze	Istausgaben für verfahrens-unabhängige IT-Infrastruktur	Veranschlagungswert	Ansatz 2012 (ohne Telefonie)	Ansatz 2013 (ohne Telefonie)
Eigenleistung	1.400	1.351.450 €	1.050.000 €	1.124.500 €	1.205.500 €

1 Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 75.000 Euro (2012) bzw. 155.000 Euro (2013) über dem Veranschlagungswert?

Bei der Erstellung der Voranschläge für die Maßnahmengruppe 31 ist es auf Grund der Absenkung des Veranschlagungspreises von 1.020,00 € auf 750,00 € in einigen Kapiteln zu Überschreitungen gekommen, insbesondere beim Titel 540 60 (Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik) im Hinblick auf die Auskömmlichkeit der Mittel zur Erfüllung bestehender vertraglicher Verpflichtungen.

Dabei ist jedoch festzustellen, dass die Summe der Veranschlagungswerte in der Gesamtschau des Einzelplans 06 lediglich in 2013 um rd. 11.000 Euro überschritten wird. In 2012 wird der Veranschlagungswert um rd. 385.000 Euro unterschritten.

Auf die nachstehende Übersicht wird hingewiesen.

Kapitel 0600 Senatsverwaltung für Justiz

	245	164.570 €	183.750 €	181.200 €	194.200 €
Kapitel 0608	Verbraucherschutz				
	21	€	15.750 €	27.300 €	27.300 €
Kapitel 0611	Generalstaatsanwaltschaft				
	1.400	1.351.450 €	1.050.000 €	1.124.500 €	1.205.500 €
Kapitel 0615	Kammergericht				
	4.994	6.032.320 €	6.791.160 €	5.526.000 €	6.426.000 €
Kapitel 0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg				
	110	134.000 €	82.500 €	311.200 €	141.200 €
Kapitel 0642	Verwaltungsgericht				
	269	186.220 €	201.750 €	355.500 €	160.500 €
Kapitel 0651	Sozialgericht				
	348	463.420 €	261.000 €	355.400 €	261.400 €
Kapitel 0661	Justizvollzugsanstalt Charlottenburg (Zentrale IT-Stelle)				
	2.190	1.820.900 €	1.642.500 €	1.992.500 €	1.823.500 €
Summe	9.577	10.152.880 €	10.228.410 €	9.873.600 €	10.239.600 €

Im Haushaltsjahr 2012 konnten die Überschreitungen der Veranschlagungswerte in einzelnen Kapiteln durch die Unterschreitung des Veranschlagungswertes beim Kammergericht (Kapitel 0615) noch kompensiert werden, was in 2013 nicht mehr gegeben war. Insbesondere beim Oberverwaltungsgericht, beim Verwaltungsgericht und beim Sozialgericht ergeben sich wesentliche Abweichungen in 2013 gegenüber 2012.

Kapitel:	06 11 Generalstaatsanwaltschaft
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
81260	KOMSTA	530 000	611 000	800 000	1.244.298,95	275 349,45

2	Ist das ITDZ hier tatsächlich günstiger als andere Anbieter?
----------	---

Zur Konkretisierung des Finanzbedarfs bei Ersatz und Modernisierung der Geräteausstattung wurden die Preislisten des ITDZ herangezogen. In der Vergangenheit war das ITDZ in der Lage, im Bereich der Hardware Geräte zu sehr wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten. Es handelt sich bei den genannten Preisen mithin lediglich um eine – wenngleich sehr realistische – Schätzung der entstehenden Kosten. Die Beschaffung selbst wird natürlich unter Beachtung aller rechtlichen Vorgaben, insbesondere aber des Haushaltsrechts und der vergaberechtlichen Bestimmungen erfolgen.

Kapitel:	06 15 Kammergericht
----------	----------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
81376	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	2.000.000	1.100.000	1.040.000	1.019.398,67	957.037,93

4	Warum und wie lange noch müssen die noch genutzten AULAK-Module für jeweils 200.000 € gepflegt und angepasst werden, obwohl das Fachverfahren abgelöst wurde? Warum müssen jedes Jahr für 150.000 € Schnittstellen zu anderen Fachverfahren konzipiert und erstellt werden?
----------	--

Der Übergang vom bisherigen Altverfahren (in Berlin AULAK) zu forumSTAR wird wie in den anderen Bundesländern einen Zeitraum von 5 – 6 Jahren beanspruchen. Während dieser Zeit müssen die noch in Betrieb befindlichen AULAK-Module den gesetzlichen Erfordernissen angepasst werden.

Für das neue Fachverfahren forumSTAR müssen die für den Betrieb in Berlin notwendigen Schnittstellen konzipiert und erstellt werden, z.B. hins. der Kassenanwendungen (ProFiskal) sowie der Versorgungsträger.

Kapitel:	06 15 Kammergericht
----------	----------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 77	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	3.050.000	2.900.000	1.040.000	998.756,13	1.914.075,87

5	Warum sind in einem Verbundprojekt von 9 Bundesländern allein in Berlin ein technischer Projektleiter mit jährlich 300.000 € und max. 4 Programmierer mit 880.000 € pro Jahr ausgewiesen?
----------	--

Die Einführung des Verbundverfahrens forumSTAR in Berlin erfordert die Konzeption und Erstellung der neuen IT-Infrastruktur in Zusammenhang mit der sukzessive abzulösenden IT-Infrastruktur des Altverfahrens. Für diese vorübergehenden und fachlich hoch anspruchsvollen Aufgaben standen landeseigene Mitarbeiter nicht zur Verfügung, so dass eine externe Ausschreibung erfolgte.

Für die Einführung von forumSTAR in Berlin müssen die ersten Module durch externe Kräfte angepasst werden, bis diese durch frei werdende eigene Kräfte abgelöst werden können. Die angemeldeten Aufwände basieren auf den Erfahrungen der anderen Bundesländer, die bereits forumSTAR einführen.

Kapitel:	06 41 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
----------	--

MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK-Technik

Art	Anzahl IT-Arbeitsplätze	Istausgaben für verfahrens-unabhängige IT-Infrastruktur	Veranschlagungswert	Ansatz 2012 (ohne Telefonie)	Ansatz 2013 (ohne Telefonie)
Eigenleistung	110	134.000 €	82.500 €	311.200 €	141.200 €

6 Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 229.000 Euro (2012) bzw. 59.000 Euro (2013) über dem Veranschlagungswert?

Auf die Antwort zu Nr. 1 wird verwiesen.

Kapitel:	06 41 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	89.600	59.600	95.600	101.588,14	104.191,07

7 Wie kommt es zu den Schwankungen der Dienstleistungen des ITDZ, einschließlich Internet und E-Mail? Sind Juris und Beck-online verfahrensunabhängige Ausgaben?

Auf die Antwort zu Nr. 1 wird verwiesen.

Die Schwankungen bei den Dienstleistungen des ITDZ in Gegenüberstellung der Zahlen für 2012 und 2013 sind dem Umstand geschuldet, dass hier Kürzungen bei der Veranschlagung vorgenommen werden mussten.

Die Kosten für Juris und Beck-online sind als verfahrensunabhängige Ausgaben veranschlagt worden.

Kapitel:	06 41 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	90.000	60.000	20.000	30.969,75	65.188,19

8	Passt die Ersatzbeschaffung der Serverhardware zur Serverstrategie des Landes Berlin?
----------	--

Die geplanten Maßnahmen betreffen nur Ersatzbeschaffungen. Eine erste Konzentration im Sinne der übergreifenden Serverstrategie ist bereits durch die gemeinsame IT-Stelle für die Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgt.

Kapitel:	06 42 Verwaltungsgericht
----------	---------------------------------

MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK-Technik

Art	Anzahl IT-Arbeitsplätze	Istausgaben für verfahrens-unabhängige IT-Infrastruktur	Veranschlagungswert	Ansatz 2012 (ohne Telefonie)	Ansatz 2013 (ohne Telefonie)
Eigenleistung	110	134.000 €	82.500 €	311.200 €	141.200 €

9 Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 154.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

Auf die Antwort zu Nr. 1 wird verwiesen.

Kapitel:	06 42 Verwaltungsgericht
----------	---------------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	171.000	141.000	153.000	167.344,81	158.237,83

10 Wie kommt es zu den Schwankungen der Dienstleistungen des ITDZ, einschließlich Internet und E-Mail? Sind Juris und Beck-online verfahrensunabhängige Ausgaben?

Auf die Antwort zu Nr. 1 wird verwiesen.

Die Schwankungen bei den Dienstleistungen des ITDZ in Gegenüberstellung der Zahlen für 2012 und 2013 sind dem Umstand geschuldet, dass hier Kürzungen bei der Veranschlagung vorgenommen werden mussten.

Die Kosten für Juris und Beck-online sind als verfahrensunabhängige Ausgaben veranschlagt worden.

Kapitel:	06 42 Verwaltungsgericht
----------	---------------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	195.000	50.000	50.000	49.360,19	25.306,99

11	In welchem Rhythmus werden Arbeitsplatzrechner und Monitore aus-getauscht?
-----------	---

Arbeitsplatzrechner und Monitore werden i. d. R. nach 5 Jahren ausgetauscht.

Kapitel:	06 42 Verwaltungsgericht
----------	---------------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	26.400	26.400	22.000	21.379,81	

12	Welche Fachverfahren werden hier gepflegt?
-----------	---

Bei den Verwaltungsgerichten wird das Verbundverfahren „GO\$A“ eingesetzt.

Kapitel:	06 42 Verwaltungsgericht
----------	---------------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
813 60	Datenverarbeitung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	60.000	45.000	30.000	29.500,00	

13	Ist die Entwicklung der Automation im Verwaltungsbereich eingebunden in das Konzept E-Akte?
-----------	--

Bei der Entwicklung der Automation im Verwaltungsbereich werden die Rahmenvorgaben beachtet; die Einbindung in das Konzept E-Akte ist vorgesehen.

Kapitel:	06 51 Sozialgericht
----------	----------------------------

MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK-Technik

Art	Anzahl IT-Arbeitsplätze	Istausgaben für verfahrens-unabhängige IT-Infrastruktur	Veranschlagungswert	Ansatz 2012 (ohne Telefonie)	Ansatz 2013 (ohne Telefonie)
Eigenleistung	348	463.420 €	261.000 €	355.400 €	261.400 €

14 Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 154.000 Euro über dem Veranschlagungswert?

Auf die Antwort zu Nr. 1 wird verwiesen.

Kapitel:	06 51 Sozialgericht
----------	----------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 60	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	285.000	240.000	300.000	259.460,49	158.237,83

15 Wie kommt es zu den Schwankungen der Dienstleistungen des ITDZ, einschließlich Internet und E-Mail? Sind Juris und Beck-online verfahrensunabhängige Ausgaben?

Auf die Antwort zu Nr. 1 wird verwiesen.

Die Schwankungen bei den Dienstleistungen des ITDZ in Gegenüberstellung der Zahlen für 2012 und 2013 sind dem Umstand geschuldet, dass hier Kürzungen bei der Veranschlagung vorgenommen werden mussten.

Die Kosten für Juris und Beck-online sind als verfahrensunabhängige Ausgaben veranschlagt worden.

Kapitel:	06 51 Sozialgericht
----------	----------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	100.000	70.000	255.000	191.536,05	256.711,25

16	Was ist DRAGON? Warum ist es nicht in der IT-BePla-Übersicht?
-----------	--

Bei „DRAGON“ handelt es sich um die Spracherkennungssoftware „Dragon NaturallySpeaking“, die in vielen Gerichten eingesetzt wird. Es handelt sich dabei um Standardsoftware, nicht um ein Fachverfahren.

Kapitel:	06 51 Sozialgericht
----------	----------------------------

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
813 60	Automation im Verwaltungsbe- reich der Sozialgerichtsbarkeit	200.000	200.000	100.000	0	0

17 Was ist die Ablösung des Fachverfahrens LISA? Warum steht das Projekt nicht in der IT-BePla-Übersicht?

Die Ablösung des Fachverfahrens LISA befindet sich zunächst noch im Status einer Voruntersuchung. Es ist vorgesehen, das Projekt zur Ablösung noch in 2012 aufzusetzen.

Kapitel:	06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg
	MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK

- 18 Sind im Kapitel 0661 die IT-Arbeitsplätze aller Justizvollzugsanstalten gelistet? Wenn ja, warum? Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT in 2012 rd. 350.000€ und in 2013 rd. 181.000 € über dem Veranschlagungswert?**

- a) Zur JVA Charlottenburg gehört – wie in den Allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 06 61 dargestellt – die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz. Daher sind bereits seit dem Haushaltsjahr 2010 in diesem Kapitel alle IuK-Mittel der Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz (Kapitel 06 61 bis 06 91) – mit Ausnahme der Ausgaben für die Telefonie – veranschlagt. Die 2.190 IT-Arbeitsplätze verteilen sich wie folgt (Stichtag: 31. Januar 2012):

JVA Charlottenburg einschließlich Sonderbereiche Bildungsstätte Justizvollzug, Mietermanagement und Zentrale IT-Stelle	322
JVA für Frauen Berlin	150
JVA des Offenen Vollzuges Berlin	146
JVA Moabit einschließlich Sonderbereich Einweisungsabteilung	333
JVA Plötzensee	155
JVA Tegel	564
JSA Berlin	228
JAA Berlin	16
JVK Berlin	118
JVA Heidering	0
Soziale Dienste der Justiz	158
Gesamt	2.190

- b) Die vorgesehene Erhöhung ist aufgrund folgender Einzelmaßnahmen bzw. Ursachen erforderlich:
- Erstellung eines vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik empfohlenen Sicherheitsgutachtens (50.000 €) für das Datennetz der Domäne Justizvollzug. Dieses Gutachten erscheint in Zeiten steigender Computerkriminalität und der hohen Sensibilität der zu verarbeitenden Daten dringend geboten.
 - Redundante Auslegung der Datenleitung am Standort Friedrich-Olbricht-Damm; diese Maßnahme ist durch die Zentralisierung einzelner Fachverfahren und die Umsetzung des in den Haushaltsverhandlungen 2010 / 2011 vorgelegten Serverkonzepts mit dem Ziel einer zunehmenden Virtualisierung dringend erforderlich. Die bisherige Kapazität der Datenleitung und das Ausfallrisiko für den gesamten Justizvollzug bei einem Ausfall dieser einen Anbindung an das Landesnetz stellten in Bezug auf die Sicherstellung der Hochverfügbarkeit der IT-Infrastruktur ein nicht unerhebliches Risiko dar.
 - Netzwerkerneuerung in der JVA Moabit und in der Jugendstrafanstalt; diese Maßnahmen sind ebenfalls aus Gründen der IT-Sicherheit dringend geboten. Die bisher eingesetzte Netzwerktechnik ist im Laufe der Jahre veraltet und kann den Anforderungen an die Performance sowie an den allgemeinen technischen Standard nicht mehr Stand halten. Dabei ist es auch hier aus Gründen der Netzstabilität und aus Performancegründen erforderlich, jeweils gesamte Standorte im Hinblick auf die Netzwerktechnik zu aktualisieren. Ein Aufteilen der Kosten auf weitere Jahre ist nicht sinnvoll.
 - regelmäßige, ab Übernahme der Liegenschaft durch die Justiz an das ITDZ zusätzlich zu zahlende Kosten für die Anbindung der JVA Heidering an das Landesnetz.
 - Die Erneuerung der Netzwerktechnik muss im Jahr 2013 für weitere Standorte (JVA des Offenen Vollzuges Berlin mit vier Standorten und Justizvollzugsanstalt für Frauen mit ebenfalls vier Standorten) fortgeführt werden.
 - Überdies liegen die vorgesehenen Ausgaben in beiden Jahren über dem Veranschlagungswert, weil durch die Einführung der IP-Telefonie am Standort Friedrich-Olbricht-Damm ein Anstieg der Telefoniekosten nicht vermeidbar sein wird.

Kapitel:	06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg
	MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
511 11	Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	400.000	400.000	80.000	136.722,12	114.758,91

19 Was ist Inhalt des Enterprise Agreement Vertrages „über das ITDZ“? Worin unterscheidet er sich von ITIS? Sind damit auch die Ersatzbeschaffungen von Hardware und Schulungen verbunden?

Bei dem Enterprise-Agreement-Vertrag (E/A-Vertrag) handelt es sich um einen vom ITDZ angebotenen Standardvertrag, der durch die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz nicht individuell verhandelt wurde. Vertragsgegenstand sind Software-Lizenzen und Software-Assurance für Desktop- und Serverbetriebssysteme und für Microsoft Office.

Damit wird gewährleistet, dass erforderliche Updates durchgeführt werden können.

Dieser Vertrag dient nicht nur der Umstellung auf das aktuelle Desktop-Betriebssystem und die aktuellen Versionen der Microsoft-Standardanwendungen, sondern insbesondere der Aktualisierung der Serverbetriebssysteme und der Serverzugriffslizenzen, die für jeden der rd. 2.200 Bildschirmarbeitsplätze im Justizvollzug und bei den Sozialen Diensten der Justiz vorhanden sein müssen. Die in Länderverbünden betriebenen Fachverfahren des Justizvollzuges und der Sozialen Dienste der Justiz setzen aufgrund der in den anderen Ländern eingesetzten Technologien auch in Berlin Aktualisierungen der Serversoftware voraus, damit eine einheitliche Vorgehensweise in den Ländern gegeben ist.

Ohne Abschluss des E/A-Vertrages entstünden in 2012 und in den Folgejahren erhebliche Mehrausgaben. Der Abschluss dieses E/A-Vertrages stellt damit die wirtschaftlichste Lösung dar.

Das dem Vertrag zugrunde liegende Konzept unterscheidet sich grundlegend von ITIS. Für den Justizvollzug kommt die vom ITDZ angebotene ITIS-Lösung nicht in Betracht, weil die Justizvollzugsanstalten jederzeit, also auch bei einem Netzwerkausfall oder einer Trennung vom Landesnetz aus anderen Gründen, aus Sicherheitsgründen arbeitsfähig bleiben müssen.

Der Vertrag beinhaltet keine Hardware und hat somit keine Auswirkungen auf die Ersatzbeschaffungen. Der Vertrag sieht ein Kontingent an Schulungsgutscheinen vor, damit erforderlichenfalls IT-Administratoren zu speziellen Fragen betreffend die Microsoft-Produkte und zum Lizenzmanagement geschult werden können. Die Schulung von IT-Usern ist nicht Vertragsbestandteil.

Kapitel:	06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg
	MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
511 11	Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	400.000	400.000	80.000	136.722,12	114.758,91

20 400.000 € für Aktualisierung Softwarebestand Windows 7 und des Office-Paketes. Was beinhaltet der Enterprise Agreement-Vertrag?

Die angesetzten 400.000 € setzen sich zusammen aus 50.000 € für die Aktualisierungen von Backup-Software, der eingesetzten Citrix-Software und anderer Software, die nicht in den Bereich des Enterprise Agreement-Vertrages fallen sowie für den allgemeinen Geschäftsbedarf.

350.000 € wurden für den Enterprise Agreement-Vertrag angesetzt. Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage lfd. Nr. 20 hingewiesen.

Kapitel:	06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg
	MG 31 Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
812 89	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik	823.000	697.000	735.000		867.325,08

21 Warum kosten BAP in 2012 je 1.000 € und in 2013 je 800 €?

Durch die Vorgabe einer Einsparung (Minderausgaben für 2013) erfolgte eine Änderung der Berechnungsgrundlage, wodurch der Ansatz für die Bildschirmarbeitsplätze in 2013 herabgesetzt wurde.

Durch den Einsatz neuer technischer Verfahren (Terminallösungen, Desktop-Virtualisierung, Anwendungs-Virtualisierung) wird davon ausgegangen, dass nach Umsetzung geringere Hardwareanforderungen und damit kostengünstigere Desktop-PC's möglich sein werden, soweit es sich um Bildschirmarbeitsplätze handelt, deren Fachverfahrensnutzungen mit den technischen Neuerungen kompatibel sind.

Kapitel:	06 61 Justizvollzugsanstalt Charlottenburg MG 32 Ausgaben für verfahrensabhängige IuK
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
51136 bis 813 89	Alle Titel der MG 32					

22 Wo wurde die verfahrensabhängige IT des Kapitels 0661 bisher verbucht? Bitte um Rechnungen 2010 und Ansätze 2011.

Der Titel 511 36 (neu) wurde bisher bei dem Titel 540 60 gebucht. Die Buchungen der verfahrensabhängigen IT erfolgten jeweils auf dem Unterkonto 170.

Neuer Titel	Alter Titel mit Unter- konto	IST 2010	IST 2011
540 85	540 60 - 170	475.871,47 €	385.944,28 €
813 89	812 89 - 170	19.813,61 €	52.401,99 €
511 68	511 43 - 170	376,29 €	3.205,85 €

Kapitel:	1000 bis 1091 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
Siehe gesonderten Bericht						

Kapitel:	11 50 Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Soziales-
----------	---

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik					

Bitte Erklärung der Erläuterung zur höheren Aufwendung für IT-Systeme Topqw und Topqm(mündlich)

Kapitel 1150
Titel 54085

Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik

Bitte Erklärung der Erläuterung zur höheren Aufwendung für IT-Systeme Topqw und Topqm (mündlich)

Die Fachsoftware aus der ergoTOP-Suite, wurde 2003/2004 zunächst mit dem Modul TOP**qw** eingeführt und ist eine Standardsoftware für die Unterstützung des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe bei der Wahrnehmung der Aufgaben im Vertrags- und Qualitätsmanagement (u.a. Fachcontrolling über standardisierte Sachberichte) für entgeltfinanzierte Einrichtungen und Dienste. Die Bereitstellung der Anwendung sowie der laufende Betrieb wurde seinerzeit von der örtlichen IT-Stelle ohne zusätzliches Personal übernommen.

Die Anwendung ist bis heute erheblich weiterentwickelt worden und wurde um das Modul TOPqm erweitert.

Damit die besteht ergoTOP-Suite aus den beiden logisch eigenständigen Hauptbestandteilen (Anwendungen)TOPqw und TOPqm, mit denen folgende unternehmenskritische Aufgaben unterstützt werden:

TOPqw:

- Verwaltung der vertragsrelevanten Daten (u.a. Träger- und Einrichtungsstammdaten, vereinbarte Vergütungen, Kontoverbindungen) für entgeltfinanzierte Einrichtungen und Dienste im sozialen Bereich
- wochenaktuelle Übertragung dieser Daten über eine Schnittstelle an das in den Bezirken für die Hilfestellung genutzte Verfahren OPEN/ ProSoz
- Veröffentlichung der vereinbarten Vergütungen im Internet

TOPqm:

- Webanwendung zur Erhebung der standardisierten Jahresberichte von allen Einrichtungen mit Verträgen nach § 75 (3) SGB XII

Diese beiden Hauptbestandteile beinhalten umfangreiche Erfassungsmasken zur Eingabe und Bearbeitung der jeweils erforderlichen Daten. Über diese Datenmasken fließen mehr als neunzig Prozent der gespeicherten Daten in das System.

Neben diesen beiden Hauptbestandteilen sind zwei Schnittstellen eingerichtet worden:

- TOPqw2OPEN und
- TOPqmWSIClient.

Ein wesentlicher Mehrwert besteht in der Schnittstelle TOPqw2OPEN, die es ermöglicht, in TOPqw verwaltete Träger- und Einrichtungsstammdaten (u.a. Bankverbindungen) sowie deren Vergütungen zeitnah ohne manuelle Zweiterfassung nach OPEN/PROSOZ zu übergeben.

Mit dem TOPqmWSIClient wird der Datenbestand der im Internet zugänglichen Web-Anwendung von TOPqm zur Erfassung definierter Einrichtungsdaten („Qualitätsdaten“) mit dem lokalen Datenbestand abgeglichen.

Aufgrund dieser erheblichen Leistungserweiterungen und des Zusammenwirkens mit dem inzwischen zentralisierten Verfahren OPEN/PROSOZ (ehemals BASIS) ist TOPqw/TOPqm für das für Verträge für Einrichtungen des Sozialwesens zuständige Fachreferat II C inzwischen als unternehmenskritisch einzustufen.

Der Ansatz für Wartungs- und Pflegekosten (einschl. der Anpassungsleistungen) ist für den HH 2012/2013 wie unter der lfd. Nr. 1 für TOPqw i.H.v. 17.000 € und der lfd. Nr. 2 für TOPqm i.H.v. 27.000 € gegenüber den Vorjahren konstant geblieben.

Hinweis: Im IST 2010 fielen nur die Wartungskosten an, da die Anpassungsarbeiten im Rahmen der Schwerpunktsetzung schon 2009 realisiert werden konnten.

Unter lfd Nr. 7 ist eine neue Position im Zusammenhang mit ErgoTop (TOPqw/TOPqm) aufgenommen worden, um den unternehmenskritischen Aspekten Rechnung zu tragen und einen zentralen Betrieb bei einem externen Dienstleister (z.B. ITDZ Berlin) realisieren zu können. Grundlage für die Ansatzbildung war ein unverbindliches Angebot des ITDZ Berlin für einen Verfahrensbetrieb als Dienstleistungsvertrag gekoppelt mit einer Datenbankpflege. Ein zwischenzeitlich von den Fachbereichen erarbeitetes Konzept für den Betrieb von TOPqw und TOPqm für die weitere Projektierung liegt vor.

Ziel ist, den unternehmenskritischen Verfahrensbetrieb über Servicelevel abzusichern und die Verfügbarkeit, insbesondere aufgrund der Abhängigkeiten zu OPEN/PROSOZ, auf hohem Niveau zu gewährleisten, da zahlungsrelevante Daten übergeben werden.

Die daraus resultierenden Anforderungen an den Betrieb dieses Verfahrens erfordern nunmehr die Auslagerung des Verfahrensbetriebes an einen externen Dienstleister. Diese Maßnahme ist dem Umstand geschuldet, dass die bisher durch den dezentralen Infrastruktur-anbieter (IT-Stelle) betriebene generische Lösung, unter den Aspekten IT-Sicherheit - insbesondere der Zahlungssicherheit - und Verfügbarkeit, nicht mehr, der nunmehr erforderlichen Priorität der Betriebssicherheit wegen, weiterbetrieben werden kann.

Die örtliche IT-Stelle der SenArbIntFrau, die als primäre Aufgabe den verfahrensunabhängigen IT-Betrieb sicherstellen muss, ist aufgrund des Aufgabenanstiegs der letzten Jahre und der damit verbundenen Aufgabenverdichtungen personell nicht mehr in der Lage, zusätzlich einen gesicherten Verfahrensbetrieb entspr. den gestiegenen Anforderungen zu leisten.

Kapitel:	12 00 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service –
----------	--

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik	3.821.000 €	4.397.000 €	3.250.000 €	3.088.284 €	3.199.970 €

Wieso liegen die Sachmittel für das Verfahren AAA doppelt so hoch als in der Be-Pla-Übersicht?

Bei den im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen Kosten für 2012 (600.000 €) und 2013 (660.000 €) handelt es sich um den Gesamtbedarf der IT-Ausgaben für die Abteilung Geoinformation im Titel 540 85. Darin ist der Bedarf folgender IT-Verfahren aus dem Liegenschaftswesen berücksichtigt:

AAA mit den Teilverfahren Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS), Amtliches Topografisch-Kartografisches Informationssystem (ATKIS), Amtliches Festpunkt-Informationssystem (AFIS); Weiterentwicklung Schnittstelle Grundbuch, IT-Dienstleistungen für das Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) Rissarchiv und Automatisiertes Geschäftsbuch (AGB),

Gutachterausschuss Online (GAA Online), Automatisierte Kaufpreissammlung (AKS) und in diesem Zusammenhang das Internetgestützte Bodenrichtwertsystem (BORIS Berlin), GeoDatenService und Integriertes Prozess- und Objektmanagement für Vermessung (geodätisches Rechenprogramm IPOS).

In der IT-BePla sind die Verfahren einzeln ausgewiesen (Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB), Rissarchiv und Automatisiertes Geschäftsbuch (AGB), Gutachterausschuss Online (GAA Online), Automatisierte Kaufpreissammlung (AKS), Integriertes Prozess- und Objektmanagement für Vermessung (IPOS)). Da sich von den genannten Verfahren nur das Verfahren AAA in der Phase BUILD befindet, werden in der IT-BePla für das Jahr 2012 auch nur die Sachmittel für das Verfahren AAA aufgeführt. (Für die laufenden Verfahren (Phase RUN) werden in der IT-BePla nur die laufenden Kosten des Vorjahres aufgeführt, für die geplanten Verfahren werden in der IT-BePla keine Kosten ausgewiesen).

Warum sind insbesondere die Kosten für VISS höher als in der IT Be-Pla-Übersicht für die Sachmittel im Betrieb angegeben?

Die Daten in der IT-BePla wurden zum Stichtag 31. März 2011 erfasst. Nach dem damaligen Stand der Haushaltsanmeldungen konnten für das Projekt VISS nur Beträge von 70.000 € für das Jahr 2012 und 80.000 € für das Jahr 2013 vorgesehen werden, obwohl aus Sicht der Verfahrensbetreuung im Projekt VISS höhere Beträge für externe Unterstützungsleistungen benötigt werden. Die Erfahrungen bei der Einführung der Verfahren in den Bezirken haben im laufenden Jahr 2011 jedoch die dringende Notwendigkeit einer intensiven Unterstützung der Verfahrenseinführung in den Bezirken bestätigt. Außerdem hat das Thema „Baustellenkoordinierung“ an Stellenwert gewonnen. Hierfür wird mit dem Modul ERNA (Ereignisse im Nebennetz administrieren) für die bezirklichen Straßenverkehrsämter von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadtUm) ein einheitliches System bereitgestellt, das seit Ende 2011 in allen Bezirken erfolgreich eingesetzt wird. Die SenStadtUm hat bei der weiteren Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs die Dienstleistungsmittel für VISS für die Jahre 2012 bzw. 2013 auf 90.000 € bzw. 130.000 € erhöhen können.

Diese Aktualisierungen werden in der IT-BePla mit der nächsten Aktualisierung (Stichtag März 2012) sichtbar.

Kapitel:	12 00
	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service-

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
813 60	Investitionen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	3.600.000 €	3.500.000 €	3.770.000 €	3.727.843 €	3.601.465 €

Wieso liegen die Investitionskosten für das AAA-Verfahren 2013 100.000 € über dem geplanten Betrag aus der IT-Be-Pla-Übersicht?

Da sich das AAA-Verfahren in der Entwicklungsphase befindet, ist es in der IT-BePla als BUILD-Maßnahme erfasst (in der Anlage 3, Seiten 128-129). In dem investiven Ansatz für das Jahr 2013 ist im Bereich Liegenschaftswesen zusätzlich zum Verfahren AAA auch der Finanzierungsbedarf für die geplanten Maßnahmen „zentrales Rissarchiv“ und „Einführung eines automatisierten Geschäftsbuches (AGB)“ vorgesehen. Für das Rissarchiv ist die Einführung einer zentralen Auskunftskomponente für die bezirklichen Vermessungsämter geplant, hierfür werden insgesamt 50.000 € im Jahr 2013 benötigt. Für die Einführung des AGB werden 50.000 € benötigt.

Diese beiden Maßnahmen sind in der IT-BePla als „PLAN-Maßnahmen“ ausgewiesen (im Bericht der SenInn vom 22.08.2011 in der Anlage 1, auf Seite 4 (AGB) und 5 (Rissarchiv)). Daher werden die Haushaltsmittel in der IT-BePla nicht dargestellt.

Kapitel:	1300
	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Titel	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
	2012	2013	2011	2011	2010
000 00 Open-Data	0	0	0	0	0

Wo sind die Kosten für die Open-Data-Datenbank etatisiert?

Die sich aus dem vorliegenden Projektbericht ergebenden Umsetzungsschritte sind festzulegen. Auch über Zuständigkeiten ist zu entscheiden. Dies soll bis Sommer 2012 geschehen.

Zu den Kosten liegen Abschätzungen für den Aufwand im Regelbetrieb von Unternehmen vor, die sich auf das Portal selbst sowie das Datenregister beziehen. Für Pflege, Updates und Registrierung werden Kosten in Höhe von 75.000 EURO jährlich erwartet.

(vgl. Beantwortung zu Ohne Titel / Einleitende Fragen)

Kapitel:	1320
	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschafts- und Technologiepolitik; Wirtschaftsordnung --

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik					
	2. IT-Unterstützung im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie	2.328.000	2.355.000	2.950.000	1.363.890,43	4.523.197,60

hier die Nummer und den Fragetext eintragen

Nr. keine

Sind die hohen Betriebskosten für den Einheitlichen Ansprechpartner zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie angesichts der geringen Nutzerzahlen (um die 100 im Jahr) senkbar, bzw. was gedenkt der Senat zu unternehmen, um die Nutzung zu erhöhen?

hier die Antwort eintragen

Die derzeitigen Betriebskosten können absehbar gesenkt werden. Die EU-DLR befindet sich allerdings noch in der Projektphase. Sobald die Infrastruktur des IT-Verfahrens fertig gestellt und die Stufe 2 produktiv gesetzt ist, wird ein neuer Vertrag für den Betrieb mit dem ITDZ verhandelt, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu größeren Kostenreduzierungen führen wird.

Zur Erhöhung der Nutzerzahlen wird der Senat die Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2012 intensivieren.

Ende letzten Jahres wurde eine Berliner Agentur mit der Erstellung eines Marketing- und Kommunikationskonzept für den Einheitlichen Ansprechpartner Berlin beauftragt. Entsprechende Vorschläge für Maßnahmen werden in Kürze vorliegen.

Darüber hinaus soll noch stärker auf die Bezirke zugegangen werden, um deutlich zu machen, dass der EA keine konkurrierende sondern eine unterstützende Einrichtung ist. Dies wird dadurch erleichtert, dass mit Produktivsetzung der Stufe 2 der Nutzen des IT-Fachverfahrens für die Sachbearbeitung deutlich verbessert wird.

Auch mit den Kooperationspartnern IHK, HWK und DGB steht der EA in ständigem Kontakt mit dem Ziel, die Verlinkung und entsprechende Hinweise auf den EA kontinuierlich zu verbessern.

Vor dem Hintergrund gleicher Anlaufschwierigkeiten in sämtlichen Bundesländern wird in einer Bund-Länder-AG mit Beteiligung Berlins unter Vorsitz des Bundeswirtschaftsministeriums ein Beschlussentwurf für die Konferenz der Wirtschaftsminister im Juni d. J. erarbeitet. Sie wird sich dabei insbesondere mit der Frage einer übergreifenden Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit befassen.

Für die Durchführung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden in Kapitel 1320 Titel 53101 Mittel angemeldet. Der Haushaltsentwurf enthält nunmehr einen Ansatz von je 10 T€ für 2012 und 2013. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung ist bemüht i. R. d. Haushaltswirtschaft den Titel zu verstärken.

Kapitel:	1500 bis 1522
	Senatsverwaltung für Finanzen

Titel	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist (Stand: 01.02.12)	Ist (Rest/R)
		2012	2013	2011	2011	2010
Verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur						

Warum liegen die Ansätze für verfahrensunabhängige IT über dem Veranschlagungswert?

Ergänzend zu den Ausführungen im ITDat wird die Frage wie folgt beantwortet:

Im Kapitel 1500 wurden für beide Jahre 43.500 Euro für die Finanzierung von „Cloud-Computing“ zur Unterstützung mobiler Arbeitsplätze angesetzt. Jede Abteilung der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) soll mit 3 mobilen Notebooks ausgestattet werden.

Des Weiteren wurden für das Jahr 2012 20.000 Euro für das Sicherheitskonzept für das Dienstgebäude Klosterstr. 59 veranschlagt.

Für die Pressestelle der SenFin wurden für beide Jahre 17.500 Euro für den elektronischen Pressespiegel veranschlagt, damit auf elektronischen Wege relevante Artikel aus einer Vielzahl von Zeitungen ausgewählt und verarbeitet werden können.

Zur zweiten Frage hatte die Senatsverwaltung bereits mündlich mitgeteilt, dass die Umstellung auf Windows 7 aufgrund der ggf. anstehenden Auflösung des ZeP nicht vorgenommen wird. Die diesbezüglichen Ansätze der 8ter-Titel werden nicht aufrechterhalten.

Für beide Jahre wurden jeweils die Kosten für die ITDZ-Verträge um 17.000 Euro erhöht. Dies resultiert aus der Einführung einer Flatrate im Bereich der Datenkommunikation, da nur dadurch der ordnungsmäßige Dienstbetrieb unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten des Standortes des ZeP aufrechterhalten werden kann.

Anlage zu Nr. 4

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Übersicht luK mit Kapitelsummen - Gesamt -

Stand: HA-Vorlage rote Nummer - 0150 C

Alle Angaben in Tsd. EUR

Kapitel		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist 2010
0100	Abgeordnetenhaus	410,6	464,8	378,0	261,0
01	Abgeordnetenhaus	410,6	464,8	378,0	261,0
0200	Verfassungsgerichtshof	13,0	13,0	11,7	11,8
02	Verfassungsgerichtshof	13,0	13,0	11,7	11,8
0300	Senatskanzlei	953,6	774,3	737,9	650,5
0310	Kulturelle Angelegenheiten	372,0	422,0	474,1	380,0
0312	Brücke-Museum	11,4	11,4	9,0	8,4
0313	Gedenkstätte Deutscher Widerstand	14,8	14,8	20,4	20,3
0314	Landesarchiv	180,3	180,3	279,1	504,6
03	Regierende/r Bürgermeister/in	1.532,1	1.402,8	1.520,5	1.563,8
0500	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	3.929,4	4.751,4	1.914,0	21.123,5
0505	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Berlinweites E-Government -	3.627,0	2.808,0	711,0	896,0
0511	Olympiapark	123,5	122,5	142,1	99,6
0512	Sportforum	131,0	131,0	133,0	128,3
0520	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -	602,0	633,0	650,4	549,7
0531	Der Polizeipräsident in Berlin - Behördenleitung und Stab -	70,5	70,5	82,0	66,1
0533	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 1 -	75,0	75,0	89,0	106,5
0534	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 2 -	140,0	140,0	213,0	209,0
0535	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 3 -	86,5	86,5	114,6	82,1
0536	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 4 -	62,4	62,4	88,5	88,7
0537	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 5 -	54,1	54,1	137,6	58,9
0538	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 6 -	112,4	112,4	203,9	119,9
0541	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion Zentrale Aufgaben -	459,0	509,0	594,0	355,7
0543	Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -	3.225,0	2.377,0	3.843,0	1.827,3
0553	Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	26.659,0	27.119,0	30.569,0	26.830,9
0559	Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin	35,4	35,4	35,4	35,4
0565	Berliner Feuerwehr - Service -	5.289,3	6.402,3	4.148,8	5.092,9
0571	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	655,9	755,9	404,0	692,1
0572	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	4.115,9	4.724,9	4.693,3	3.417,7
0573	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -	2.841,5	2.481,5	2.121,0	1.954,5
0574	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -	3.163,5	2.413,5	2.016,0	2.513,0
0575	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -	397,8	122,8	91,0	219,2
0585	Landesverwaltungsamt - Leitung -	106,0	106,0	248,4	355,4
0586	Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	112,8	112,8	81,8	37,6
0587	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Personalverwaltung -	5.992,8	5.992,8	10.894,0	10.084,1
0588	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Versorgung und Beihilfe -	922,0	1.012,0	675,4	599,9
05	Inneres und Sport	62.989,7	63.211,7	64.894,2	77.544,0
0600	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	599,0	612,0	601,0	456,0
0605	Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt	57,2	57,2	52,8	75,2
0608	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -	293,3	293,3	0,0	0,0
0611	Generalstaatsanwaltschaft	3.008,4	2.922,4	3.301,0	2.133,8
0612	Staatsanwaltschaft	78,0	78,0	83,5	40,5
0613	Amtsanwaltschaft	31,0	31,0	33,0	18,9
0615	Kammergericht	16.244,0	17.585,0	11.306,0	12.916,3
0632	Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	1.197,0	958,0	1.394,0	692,1
0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	387,3	207,3	163,6	190,8
0642	Verwaltungsgericht	539,1	329,1	357,0	359,2
0651	Sozialgericht	673,9	579,9	730,0	583,2
0661	Justizvollzugsanstalt Charlottenburg	2.938,3	2.857,3	2.117,0	2.429,1
0663	Justizvollzugsanstalt für Frauen	65,1	65,1	71,0	65,1
0664	Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	50,0	50,0	49,0	51,1
0666	Justizvollzugsanstalt Moabit	135,0	135,0	135,0	133,7
0667	Justizvollzugsanstalt Plötzensee	56,0	56,0	71,5	56,6
0668	Justizvollzugsanstalt Tegel	154,0	154,0	163,0	152,1
0669	Jugendstrafanstalt	74,0	74,0	74,0	71,7
0671	Jugendarrestanstalt	6,3	6,3	6,3	4,7
0672	Justizvollzugsanstalt Heidering	14,8	59,2	0,0	0,0

Anlage zu Nr. 4

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Übersicht luK mit Kapitelsummen - Gesamt -

Stand: HA-Vorlage rote Nummer - 0150 C

Alle Angaben in Tsd. EUR

Kapitel		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist 2010
0673	Justizvollzugskrankenhaus	23,5	23,5	23,5	23,3
0691	Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -	68,0	68,0	75,5	67,4
06	Justiz und Verbraucherschutz	26.693,2	27.201,6	20.807,7	20.520,7
0900	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	381,6	380,6	357,2	482,1
0910	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Beauftragte/r für Integration und Migration -	52,8	52,8	86,0	62,8
0940	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Arbeit und Berufliche Bildung -	17,5	17,5	13,3	12,2
0941	Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	129,9	221,3	146,7	69,6
0942	Arbeitsgericht	535,4	875,0	585,6	306,2
0945	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	353,5	353,5	387,5	316,1
09	Arbeit, Integration und Frauen	1.470,7	1.900,7	1.576,3	1.249,0
1000	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	16.422,0	16.106,0	15.152,2	8.838,9
1051	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	111,2	81,2	99,2	93,1
1091	Sekretariat der Kultusministerkonferenz	510,7	560,7	370,0	383,9
10	Bildung, Jugend und Wissenschaft	17.043,9	16.747,9	15.621,4	9.315,9
1100	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	740,9	827,9	1.057,0	922,6
1111	Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	107,6	99,1	83,4	154,2
1112	Gemeinsames Krebsregister	33,6	33,6	34,5	30,0
1150	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Soziales -	2.141,0	2.182,0	1.754,5	1.640,1
1160	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -	2.312,1	2.214,4	2.911,6	1.610,0
1162	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Gesundheit -	187,0	165,8	175,1	158,7
1164	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung -	340,4	241,0	254,0	167,3
1166	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -	126,7	116,7	168,4	75,4
1169	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Deutsche Dienststelle (WAST) -	597,5	593,5	646,0	785,9
11	Gesundheit und Soziales	6.586,8	6.474,0	7.084,5	5.544,1
1200	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	10.794,0	11.330,5	10.119,4	9.776,0
1211	Berliner Forsten	131,0	131,0	136,3	228,2
1212	Pflanzenschutzamt	8,5	8,5	16,2	15,4
1213	Landesdenkmalamt	59,5	59,5	59,5	57,3
1271	Verkehrslenkung Berlin	440,0	440,0	678,0	536,9
1281	Fischereiamt	27,5	28,7	28,5	21,4
12	Stadtentwicklung und Umwelt	11.460,5	11.998,2	11.037,9	10.635,2
1300	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	571,0	612,6	575,0	478,8
1320	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschafts- und Technologiepolitik, Wirtschaftsordnung -	2.609,5	2.636,5	3.226,0	4.746,0
1330	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschaftsförderung	404,0	412,0	272,0	248,4
13	Wirtschaft, Technologie und Forschung	3.584,5	3.661,1	4.073,0	5.473,1
1500	Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	784,5	756,9	1.348,0	988,6
1502	Senatsverwaltung für Finanzen - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister -	35,0	53,0	27,0	56,6
1510	Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -	679,0	854,0	504,8	86,9
1520	Senatsverwaltung für Finanzen - Haushalt -	4.403,0	4.266,0	5.142,0	3.980,6
1521	Landeshauptkasse	146,5	146,5	159,3	86,3
1522	Zentrale Steuerung des Personalüberhangs	367,0	409,0	644,0	400,5
1530	Senatsverwaltung für Finanzen - Steuern -	52,5	52,5	115,2	41,9
1531	Finanzämter	20.827,4	20.833,4	21.752,0	21.688,4
15	Finanzen	27.294,9	27.371,3	29.692,3	27.329,8
2000	Rechnungshof	465,0	479,0	335,0	245,2
20	Rechnungshof	465,0	479,0	335,0	245,2
2100	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	165,4	165,4	176,9	183,5
2101	Landesbeauftragte/r (LStU)	25,8	25,8	25,8	17,6
21	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	191,2	191,2	202,7	201,1
Gesamt		159.736,1	161.117,3	157.235,2	159.894,8

Anlage zu Nr. 4

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Übersicht luK mit Kapitelsummen - Maßnahmegruppe 31 -

Stand: HA-Vorlage rote Nummer - 0150 C

Alle Angaben in Tsd. EUR

Kapitel		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist 2010
0100	Abgeordnetenhaus	362,4	188,5	378,0	208,5
01	Abgeordnetenhaus	362,4	188,5	378,0	208,5
0200	Verfassungsgerichtshof	13,0	13,0	11,7	11,8
02	Verfassungsgerichtshof	13,0	13,0	11,7	11,8
0300	Senatskanzlei	506,5	406,2	426,9	505,5
0310	Kulturelle Angelegenheiten	194,0	194,0	329,1	267,4
0312	Brücke-Museum	2,4	2,4	9,0	8,4
0313	Gedenkstätte Deutscher Widerstand	13,2	13,2	19,4	18,7
0314	Landesarchiv	117,3	117,3	216,1	441,6
03	Regierende/r Bürgermeister/in	833,4	733,1	1.000,5	1.241,6
0500	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	1.302,4	1.260,4	1.099,0	1.391,5
0511	Olympiapark	123,5	122,5	142,1	99,6
0512	Sportforum	131,0	131,0	133,0	128,3
0520	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -	214,0	259,0	228,7	209,6
0531	Der Polizeipräsident in Berlin - Behördenleitung und Stab -	65,0	65,0	70,1	60,8
0533	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 1 -	74,0	74,0	88,0	104,9
0534	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 2 -	139,0	139,0	212,2	208,6
0535	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 3 -	85,5	85,5	114,6	81,5
0536	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 4 -	59,4	59,4	87,9	88,3
0537	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 5 -	53,1	53,1	137,2	58,6
0538	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 6 -	77,0	77,0	201,4	105,5
0541	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion Zentrale Aufgaben -	171,0	171,0	257,0	219,7
0543	Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -	243,0	243,0	2.373,0	804,5
0553	Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	8.459,0	9.363,0	10.348,0	8.003,1
0559	Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin	35,4	35,4	35,4	35,4
0565	Berliner Feuerwehr - Service -	1.228,8	1.428,8	761,0	1.465,8
0571	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	538,9	638,9	404,0	692,1
0572	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	231,5	231,5	4.693,3	220,0
0573	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -	476,0	476,0	2.121,0	1.650,4
0574	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -	562,0	562,0	2.016,0	2.505,5
0575	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -	72,8	72,8	91,0	219,2
0585	Landesverwaltungsamt - Leitung -	106,0	106,0	248,4	355,4
0586	Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	87,2	87,2	52,4	23,4
0587	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Personalverwaltung -	251,0	251,0	5.151,6	6.006,6
0588	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Versorgung und Beihilfe -	569,0	569,0	222,4	158,6
05	Inneres und Sport	15.355,5	16.561,5	31.288,7	24.896,8
0600	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	239,0	252,0	356,0	323,2
0605	Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt	42,2	42,2	52,8	75,2
0608	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -	27,3	27,3	0,0	0,0
0611	Generalstaatsanwaltschaft	1.463,5	1.544,5	1.972,3	1.203,3
0612	Staatsanwaltschaft	42,0	42,0	80,3	39,1
0613	Amtsanwaltschaft	17,0	17,0	31,0	17,8
0615	Kammergericht	7.226,0	8.126,0	6.307,1	7.848,3
0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	344,1	174,1	163,6	190,8
0642	Verwaltungsgericht	442,5	247,5	357,0	359,2
0651	Sozialgericht	456,4	362,4	630,0	583,2
0661	Justizvollzugsanstalt Charlottenburg	2.072,5	1.903,5	2.117,0	2.429,1
0663	Justizvollzugsanstalt für Frauen	65,1	65,1	71,0	65,1
0664	Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	50,0	50,0	49,0	51,1
0666	Justizvollzugsanstalt Moabit	135,0	135,0	135,0	133,7
0667	Justizvollzugsanstalt Plötzensee	56,0	56,0	71,5	56,6

Anlage zu Nr. 4

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Übersicht luK mit Kapitelsummen - Maßnahmegruppe 31 -

Stand: HA-Vorlage rote Nummer - 0150 C

Alle Angaben in Tsd. EUR

Kapitel		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist 2010
0668	Justizvollzugsanstalt Tegel	154,0	154,0	163,0	152,1
0669	Jugendstrafanstalt	74,0	74,0	74,0	71,7
0671	Jugendarrestanstalt	6,3	6,3	6,3	4,7
0672	Justizvollzugsanstalt Heidering	14,8	59,2	0,0	0,0
0673	Justizvollzugskrankenhaus	23,5	23,5	23,5	23,3
0691	Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -	68,0	68,0	75,5	67,4
06	Justiz und Verbraucherschutz	13.019,2	13.429,6	12.735,9	13.695,0
0900	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	363,1	362,1	357,2	482,1
0910	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Beauftragte/r für Integration und Migration -	52,8	52,8	86,0	62,8
0941	Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	59,6	73,0	75,5	50,4
0942	Arbeitsgericht	323,7	432,3	320,9	219,8
0945	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	236,5	236,5	270,5	245,7
09	Arbeit, Integration und Frauen	1.035,7	1.156,7	1.110,1	1.060,8
1000	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	14.121,0	13.357,0	13.237,2	7.139,6
1051	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	72,7	72,7	90,7	80,7
1091	Sekretariat der Kultusministerkonferenz	476,0	530,0	359,3	374,1
10	Bildung, Jugend und Wissenschaft	14.669,7	13.959,7	13.687,2	7.594,5
1100	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	530,9	530,9	526,5	586,2
1111	Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	79,0	79,0	68,4	61,6
1112	Gemeinsames Krebsregister	33,6	33,6	34,5	30,0
1160	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -	1.186,3	1.216,6	2.908,6	1.609,6
1169	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Deutsche Dienststelle (WAST) -	124,5	120,5	646,0	785,9
11	Gesundheit und Soziales	1.954,3	1.980,6	4.184,0	3.073,3
1200	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	3.012,0	3.011,0	2.788,9	2.746,6
1211	Berliner Forsten	89,0	89,0	80,3	85,2
1212	Pflanzenschutzamt	8,5	8,5	16,2	15,4
1213	Landesdenkmalamt	19,0	19,0	19,0	28,3
1271	Verkehrslenkung Berlin	0,0	0,0	68,0	0,0
1281	Fischereiamt	17,9	19,2	28,5	6,8
12	Stadtentwicklung und Umwelt	3.146,4	3.146,7	3.000,9	2.882,3
1300	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	509,0	550,6	463,0	435,8
1320	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschafts- und Technologiepolitik, Wirtschaftsordnung -	6,5	6,5	1,0	0,0
13	Wirtschaft, Technologie und Forschung	515,5	557,1	464,0	435,8
1500	Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	405,0	377,4	1.348,0	743,8
1502	Senatsverwaltung für Finanzen - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister -	25,0	28,0	27,0	24,9
1510	Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -	54,0	54,0	504,8	20,6
1520	Senatsverwaltung für Finanzen - Haushalt -	113,0	113,0	5.142,0	24,2
1521	Landeshauptkasse	50,3	50,3	159,3	20,0
1522	Zentrale Steuerung des Personalüberhangs	224,0	296,0	644,0	319,1
1530	Senatsverwaltung für Finanzen - Steuern -	52,5	52,5	115,2	41,9
1531	Finanzämter	7.944,4	8.344,4	8.453,0	9.741,9
15	Finanzen	8.868,2	9.315,6	16.393,3	10.936,4
2000	Rechnungshof	456,0	470,0	335,0	245,2
20	Rechnungshof	456,0	470,0	335,0	245,2
2100	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	33,3	33,3	176,9	183,5
2101	Landesbeauftragte/r (LStU)	14,0	14,0	25,8	17,6
21	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	47,3	47,3	202,7	201,1
Gesamt (MG 31)		60.276,6	61.559,4	84.792,0	66.482,9

Anlage zu Nr. 4

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Übersicht luK mit Kapitelsummen - Maßnahmegruppe 32 -

Stand: HA-Vorlage rote Nummer - 0150 C

Alle Angaben in Tsd. EUR

Kapitel		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist 2010
0100	Abgeordnetenhaus	48,2	276,3	0,0	52,5
01	Abgeordnetenhaus	48,2	276,3	0,0	52,5
0300	Senatskanzlei	447,1	368,1	311,0	145,0
0310	Kulturelle Angelegenheiten	178,0	228,0	145,0	112,6
0312	Brücke-Museum	9,0	9,0	0,0	0,0
0313	Gedenkstätte Deutscher Widerstand	1,6	1,6	1,0	1,6
0314	Landesarchiv	63,0	63,0	63,0	63,0
03	Regierende/r Bürgermeister/in	698,7	669,7	520,0	322,2
0500	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	2.627,0	3.491,0	815,0	19.732,0
0505	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Berlinweites E-Government -	3.627,0	2.808,0	711,0	896,0
0520	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -	388,0	374,0	421,7	340,1
0531	Der Polizeipräsident in Berlin - Behördenleitung und Stab -	5,5	5,5	11,9	5,3
0533	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 1 -	1,0	1,0	1,0	1,6
0534	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 2 -	1,0	1,0	0,8	0,4
0535	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 3 -	1,0	1,0	0,0	0,6
0536	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 4 -	3,0	3,0	0,6	0,4
0537	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 5 -	1,0	1,0	0,4	0,4
0538	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 6 -	35,4	35,4	2,5	14,3
0541	Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion Zentrale Aufgaben -	288,0	338,0	337,0	136,0
0543	Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt -	2.982,0	2.134,0	1.470,0	1.022,8
0553	Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service -	18.200,0	17.756,0	20.221,0	18.827,9
0565	Berliner Feuerwehr - Service -	4.060,5	4.973,5	3.387,8	3.627,1
0571	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	117,0	117,0	0,0	0,0
0572	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	3.884,4	4.493,4	0,0	3.197,7
0573	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -	2.365,5	2.005,5	0,0	304,2
0574	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -	2.601,5	1.851,5	0,0	7,5
0575	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -	325,0	50,0	0,0	0,0
0586	Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	25,6	25,6	29,4	14,2
0587	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Personalverwaltung -	5.741,8	5.741,8	5.742,4	4.077,5
0588	Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Versorgung und Beihilfe -	353,0	443,0	453,0	441,3
05	Inneres und Sport	47.634,2	46.650,2	33.605,5	52.647,3
0600	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	360,0	360,0	245,0	132,7
0605	Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt	15,0	15,0	0,0	0,0
0608	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -	266,0	266,0	0,0	0,0
0611	Generalstaatsanwaltschaft	1.544,9	1.377,9	1.328,7	930,5
0612	Staatsanwaltschaft	36,0	36,0	3,2	1,4
0613	Amtsanwaltschaft	14,0	14,0	2,0	1,0
0615	Kammergericht	9.018,0	9.459,0	4.998,9	5.068,0
0632	Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	1.197,0	958,0	1.394,0	692,1
0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	43,2	33,2	0,0	0,0
0642	Verwaltungsgericht	96,6	81,6	0,0	0,0
0651	Sozialgericht	217,5	217,5	100,0	0,0
0661	Justizvollzugsanstalt Charlottenburg	865,8	953,8	0,0	0,0
06	Justiz und Verbraucherschutz	13.674,0	13.772,0	8.071,8	6.825,8
0900	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	18,5	18,5	0,0	0,0
0940	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Arbeit und Berufliche Bildung -	17,5	17,5	13,3	12,2
0941	Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	70,3	148,3	71,2	19,2
0942	Arbeitsgericht	211,7	442,7	264,7	86,4
0945	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	117,0	117,0	117,0	70,3
09	Arbeit, Integration und Frauen	435,0	744,0	466,2	188,2

Anlage zu Nr. 4

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Übersicht luK mit Kapitelsummen - Maßnahmegruppe 32 -

Stand: HA-Vorlage rote Nummer - 0150 C

Alle Angaben in Tsd. EUR

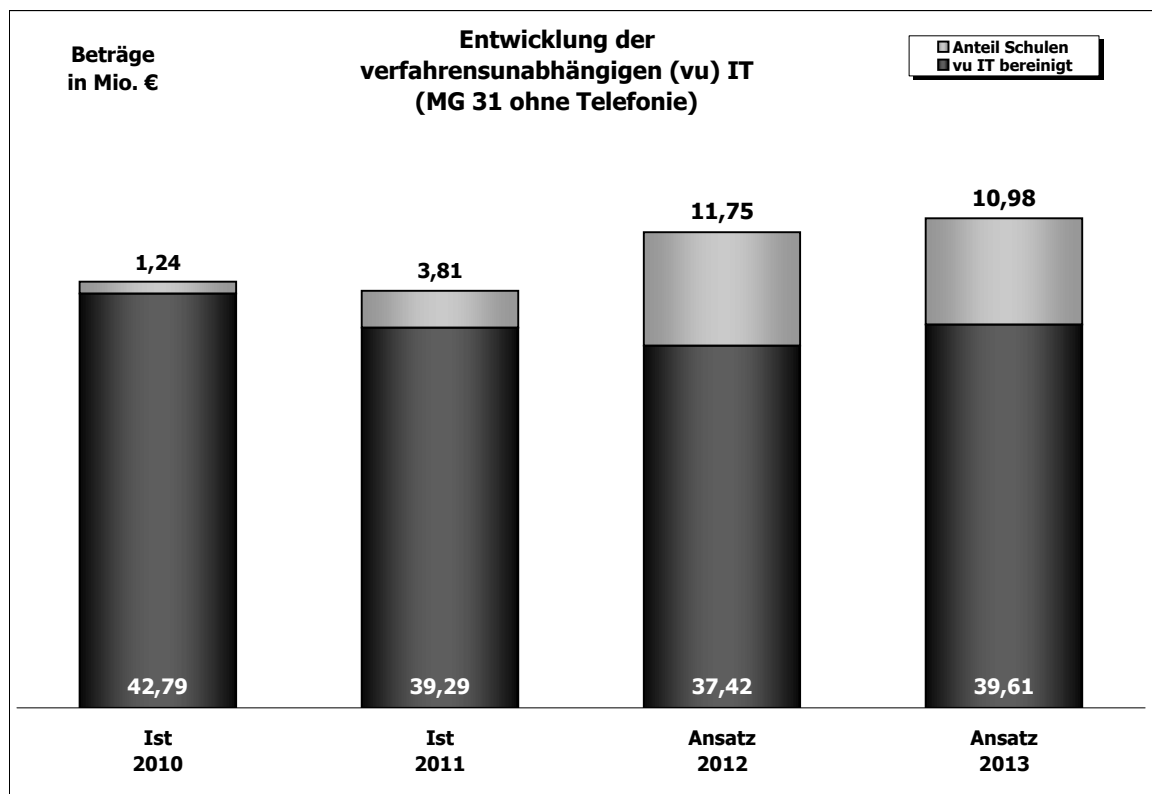
Kapitel		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist 2010
1000	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	2.301,0	2.749,0	1.915,0	1.699,3
1051	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	38,5	8,5	8,5	12,4
1091	Sekretariat der Kultusministerkonferenz	34,7	30,7	10,7	9,8
10	Bildung, Jugend und Wissenschaft	2.374,2	2.788,2	1.934,2	1.721,4
1100	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	210,0	297,0	530,5	336,3
1111	Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	28,6	20,1	15,0	92,6
1150	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales - Soziales -	2.141,0	2.182,0	1.754,5	1.640,1
1160	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -	1.125,8	997,8	3,0	0,4
1162	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Gesundheit -	187,0	165,8	175,1	158,7
1164	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung -	340,4	241,0	254,0	167,3
1166	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -	126,7	116,7	168,4	75,4
1169	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Deutsche Dienststelle (WAST) -	473,0	473,0	0,0	0,0
11	Gesundheit und Soziales	4.632,5	4.493,4	2.900,5	2.470,8
1200	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	7.782,0	8.319,5	7.330,5	7.029,4
1211	Berliner Forsten	42,0	42,0	56,0	143,0
1213	Landesdenkmalamt	40,5	40,5	40,5	29,0
1271	Verkehrslenkung Berlin	440,0	440,0	610,0	536,9
1281	Fischereiamt	9,6	9,5	0,0	14,6
12	Stadtentwicklung und Umwelt	8.314,1	8.851,5	8.037,0	7.752,9
1300	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	62,0	62,0	112,0	43,1
1320	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschafts- und Technologiepolitik, Wirtschaftsordnung -	2.603,0	2.630,0	3.225,0	4.746,0
1330	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung - Wirtschaftsförderung	404,0	412,0	272,0	248,4
13	Wirtschaft, Technologie und Forschung	3.069,0	3.104,0	3.609,0	5.037,4
1500	Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	379,5	379,5	0,0	244,8
1502	Senatsverwaltung für Finanzen - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister -	10,0	25,0	0,0	31,7
1510	Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -	625,0	800,0	0,0	66,3
1520	Senatsverwaltung für Finanzen - Haushalt -	4.290,0	4.153,0	0,0	3.956,4
1521	Landeshauptkasse	96,2	96,2	0,0	66,3
1522	Zentrale Steuerung des Personalüberhangs	143,0	113,0	0,0	81,5
1531	Finanzämter	12.883,0	12.489,0	13.299,0	11.946,5
15	Finanzen	18.426,7	18.055,7	13.299,0	16.393,5
2000	Rechnungshof	9,0	9,0	0,0	0,0
20	Rechnungshof	9,0	9,0	0,0	0,0
2100	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	132,1	132,1	0,0	0,0
2101	Landesbeauftragte/r (LStU)	11,8	11,8	0,0	0,0
21	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	143,9	143,9	0,0	0,0
Gesamt (MG 32)		99.459,5	99.557,9	72.443,2	93.411,9

Anlage zu Nr. 5

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Gesamtbudget verfahrensunabhängige IT
- Entwicklung 2010 - 2013 -

Stand: Abgeordnetenhausvorlage



Beträge in Mio. €	Ist 2010 ¹⁾	Ist 2011 ¹⁾	Ansatz 2012	Veränderung ggü. Ist 2010		Ansatz 2013	Veränderung ggü. Ist 2010	
				absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4 = 3 - 1	5 = 3 - 1 in %	6	7 = 6 - 1	8 = 6 - 1 in %
vu IT gesamt	44,03	43,09	49,17	5,13	11,66	50,60	6,56	14,90
Anteil Schulen	1,24	3,81	11,75			10,98		
vu IT bereinigt	42,79	39,29	37,42	-5,37	-12,56	39,61	-3,18	-7,43

Legende:

1) laut Unterkonten der verfahrensunabhängigen IT (ohne Telefonie) gemäß IT-Buchungsrichtlinie 2.0

2) "Anteil Schulen" entspricht dem Volumen des Programms eGovernment@School

Anlage zu Nr. 5

Senatsverwaltung für Finanzen
- II B – H 5009 – 1/2012 -

Gesamtbudget verfahrensunabhängige IT - Veranschlagungsleitlinie -

Stand: Abgeordnetenhausvorlage

Beträge in €

Einzelplan	Anzahl IT-Arbeitsplätze ¹⁾	Max. Veranschlagungswert 2012 ²⁾	Ansatz 2012 (ohne Telefonie)	Über-/ Unterschreitung Veranschlagungswert	Max. Veranschlagungswert 2013 ²⁾	Ansatz 2013 (ohne Telefonie)	Über-/ Unterschreitung Veranschlagungswert
	1	2	3	4 = 3 - 2	5	6	7 = 6 - 5
03 RBm - SKzl -	602	451.500	551.000	99.500	451.500	450.700	-800
davon Eigenleistung	602	451.500	551.000	99.500	451.500	450.700	-800
davon Fremdleistung	0	0	0	0	0	0	0
05 SenInnSport	19.107	15.299.010	13.915.320	-1.383.690	15.299.010	15.161.530	-137.480
davon Eigenleistung	17.703	13.277.250	11.432.200	-1.845.050	13.277.250	12.681.200	-596.050
davon Fremdleistung	1.404	2.021.760	2.483.120	461.360	2.021.760	2.480.330	458.570
06 SenJustV	9.577	10.228.410	9.873.600	-354.810	10.228.410	10.239.600	11.190
davon Eigenleistung	5.163	3.872.250	4.647.600	775.350	3.872.250	4.113.600	241.350
davon Fremdleistung	4.414	6.356.160	5.226.000	-1.130.160	6.356.160	6.126.000	-230.160
09 SenArbIntFrau	840	630.000	629.550	-450	630.000	751.650	121.650
davon Eigenleistung	840	630.000	629.550	-450	630.000	751.650	121.650
davon Fremdleistung	0	0	0	0	0	0	0
10 SenBildJugWiss	9.124	8.813.490	14.316.090	5.502.600	11.549.490	13.594.090	2.044.600
davon Eigenleistung	2.303	1.727.250	2.209.850	482.600	1.727.250	2.251.850	524.600
davon Fremdleistung 2012 ³⁾	4.921	7.086.240	7.086.240	0	7.086.240	7.086.240	0
davon Fremdleistung 2013 neu ³⁾	1.900			0	2.736.000	2.736.000	0
davon f. eGovernment@School ⁴⁾		0	5.020.000	5.020.000	0	1.520.000	1.520.000
11 SenGesSoz	1.738	1.303.500	1.272.180	-31.320	1.303.500	1.296.480	-7.020
davon Eigenleistung	1.738	1.303.500	1.272.180	-31.320	1.303.500	1.296.480	-7.020
davon Fremdleistung	0	0	0	0	0	0	0
12 SenStadtUm	2.731	2.048.250	2.048.400	150	2.048.250	2.048.700	450
davon Eigenleistung	2.731	2.048.250	2.048.400	150	2.048.250	2.048.700	450
davon Fremdleistung	0	0	0	0	0	0	0
13 SenWiTechForsch	420	315.000	290.500	-24.500	315.000	336.500	21.500
davon Eigenleistung	420	315.000	290.500	-24.500	315.000	336.500	21.500
davon Fremdleistung	0	0	0	0	0	0	0
15 SenFin	7.962	5.975.640	6.269.900	294.260	5.975.640	6.717.300	741.660
davon Eigenleistung	7.956	5.967.000	6.244.900	277.900	5.967.000	6.689.300	722.300
davon Fremdleistung	6	8.640	25.000	16.360	8.640	28.000	19.360

03 - 15 Gesamt	52.101	45.064.800	49.166.540	4.101.740	47.800.800	50.596.550	2.795.750
davon Eigenleistung	39.456	29.592.000	29.326.180	-265.820	29.592.000	30.619.980	1.027.980
davon Fremdleistung	12.645	15.472.800	14.820.360	-652.440	18.208.800	18.456.570	247.770
davon f. eGovernment@School ⁴⁾		0	5.020.000	5.020.000	0	1.520.000	1.520.000

Legende:

- 1) IT-Arbeitsplätze in Eigenleistung werden mit 750 €, IT-Arbeitsplätze in Fremdleistung mit 1.440 € veranschlagt.
- 2) Der maximale Veranschlagungswert errechnet sich als Produkt der Anzahl der IT-Arbeitsplätze und dem jeweiligen Veranschlagungspreis.
- 3) Positionen beinhalten Ansätze für eGovernment@School i. H. v. insgesamt 11,75 Mio. € (2012) und 10,98 Mio. € (2013).
- 4) Über den Veranschlagungswert hinausgehende Ansätze für das Programm eGovernment@School.

Inhalt:

12 71	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Verkehrslenkung Berlin –.....	2
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige luK-Technik.....	2
	Warum sind im Ansatz 100.000 €, wenn 2010 nur 58.105 € und in 2011 nur 17.769 € verausgabt wurden?.....	2

Kapitel:	12 71
	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Verkehrslenkung Berlin –

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2011	Ist (Stand: 01.02.12) 2011	Ist (Rest/R) 2010
540 85	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik	100.000 €	100.000 €	100.000 €	17.769 €	58.105 €

Warum sind im Ansatz 100.000 €, wenn 2010 nur 58.105 € und in 2011 nur 17.769 € verausgabt wurden?

In diesem Titel sind die benötigten Mittel veranschlagt für:

1. Dienstleistungsverträge für IT-Systeme und Telefone.
2. Einkauf von externem Sachverstand bei der Betreuung der IT-Technik.
3. Weiterentwicklung der Sicherheitskonzeption der VKRZ
4. Dienstleistungen für die Weiterentwicklung und für Schnittstellen der Fachverfahren der Verkehrsregelungszentrale
5. Betreuung des Systems der Landesmeldestelle
Die Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst, die sich ebenfalls in der Verkehrsregelungszentrale befindet, arbeitet mit einer bundeseinheitlichen Software. Die Betreuung dieses Systems wird eingekauft.

In den Jahren 2010 und 2011 wurden die Ansätze nicht ausgeschöpft, weil im Zusammenhang mit der Erneuerung der Technik der Verkehrsregelungszentrale weniger externe Dienstleistungen beauftragt werden mussten als vorgesehen und da die vorgesehene bundesweite Erneuerung des Systems für die Landesmeldestelle nicht wie geplant im Jahr 2011 vorgenommen werden konnte.

Für die Jahre 2012 und 2013 besteht gegenüber den Ausgaben 2011 ein höherer Bedarf für:

- Anpassung des Sicherheitskonzepts der Verkehrsregelungszentrale an die neue Zentralenstruktur (Verkehrsinformationszentrale VIZ),
- Anpassungen von Schnittstellen im Zusammenhang mit der Erneuerung des Systems der Landesmeldestelle,
- Konzeption und Einrichtung von Schnittstellen des neuen Leitsystems AIRVIS zur Anbindung des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER),
- Konzeption und Einrichtung von Schnittstellen zu dem Detailnetz als einheitliche Netzgrundlage für alle Verkehrsanwendungen der SenStadtUm.